

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesparte Pessizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Montag, den 10. April 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Überzeugende Zahlen über die Rüstungen der europäischen Staaten.

Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg hat seine schroffe Absage gegen die internationale Friedenspolitik ausschließlich durch den Hinweis zu begründen versucht, daß die Nationen nicht genötigt werden können, das aufzugeben, was ihrem Vorteil und ihrer Entwicklung dient. Der Reichskanzler will allen Militaristen, will insbesondere dem deutschen Volke die Ansicht aufreden, daß durch die Rüstungsausgaben Deutschlands Stellung und Entwicklung gefestigt und verbessert werde. Da wäre dem Reichskanzler zu empfehlen, daß er einmal die interessanten Ausschreibungen betrachtet, die Professor R. Kobatsch-Wien in einer Schrift über die volks- und staatswissenschaftliche Bilanz der Rüstungen jüngst veröffentlicht hat. Darans kann jedermann, der sich der Sprache der Tatsachen nicht absichtlich verschließt, von neuem erkennen, daß durch die Rüstungen nicht eine Nation sich im Verhältnis zu den anderen Nationen besser schützt oder besser entwickelt, sondern umgekehrt alle Nationen, die eine mehr noch als die andere, sich schwärt e Machte zuziehen.

Der genannte Verfasser legt dar, daß die Rüstungsauslagen in den meisten Staaten stärker steigen als die Elastizität der wichtigsten öffentlichen Abgaben und als die Nationaleinkommen; daß ferner die Höhe der Rüstungsauslagen in keinem ursprünglichen Zusammenhang mit der Größe des Außenhandels, der Ausfuhr und der Handelsflotte steht. Schließlich zeigt Professor Kobatsch zahlenmäßig, daß die Staaten in steigendem Maße verhindert werden, wichtige kulturelle, hygienische, ökonomische Volksbedürfnisse zu befriedigen.

Professor Kobatsch hat nach den amtlichen Quellen festgestellt, daß die direkten Rüstungsausgaben in allen Staaten der Welt jährlich 9 507 100 000 Mark betragen, wovon allein 7 Milliarden auf Europa kommen. Aber die gesamten jährlichen Kosten des bewaffneten Friedens in Europa berechnet er auf 18 Milliarden Mark, indem er den 7 Milliarden direkter Ausgaben die 6 Milliarden hinzurechnet, welche jährlich für den Dienst der Staatschulden gebraucht werden und außerdem als Entgang der aktiven Dienenden (in Europa 5 Millionen zu je 1000 Mk.) 5 Milliarden. Demgegenüber beträgt der internationale Warenverkehr der ganzen Welt 142,3 Milliarden Mark. Der Außenhandel würde also sehr teuer erkauf werden, wenn er vom Militarismus abhinge. Aber er steht auch in gar keinem Verhältnis zu den Rüstungsausgaben. Um 1000 Mk. relativen Außenhandel zu schützen, braucht man relative Rüstungskosten in

Belgien . . . . .	5,76	Mk.
Holland . . . . .	7,90	"
Dänemark . . . . .	22,40	"
Norwegen . . . . .	33,40	"
Großbritannien . . . . .	51,—	"
Deutschland . . . . .	87,80	"
Frankreich . . . . .	93,—	"
Spanien . . . . .	104,10	"
Italien . . . . .	108,—	"
Österreich-Ungarn . . . . .	137,—	"
Rußland . . . . .	259,—	"

Es haben aber keineswegs die Länder mit den größten Militärausgaben auch den stärksten Außenhandel, es ist vielmehr meistens umgekehrt: da wo relativ am wenigsten für die Rüstungen ausgegeben wird, ist der Außenhandel relativ am größten, wie folgende Übersicht zeigt:

Röpsquote der Ausfuhr 1909 in Mark	„Versicherungsprämie“ der Ausfuhr durch Rüstungsauslagen in Proz.	Wohlfahrts- ausgaben		Rüstungs- ausgaben	Verhältnis
		in Millionen Mark	in Millionen Mark		
Holland . . . . .	713,33	1,80			
Belgien . . . . .	492,25	1,26			
Schweiz . . . . .	258,82	3,55			
Dänemark . . . . .	244,32	4,92			
Großbritannien . . . . .	235,59	11,89			
Frankreich . . . . .	185,76	19,20			
Norwegen . . . . .	125,47	8,22			
Deutschland . . . . .	107,16	20,15			
Italien . . . . .	45,01	28,66			
Spanien . . . . .	37,50	21,10			
Rußland . . . . .	17,16	61,20			

Holland, Belgien, die Schweiz und Dänemark haben also relativ den größten Außenhandel, sie zahlen aber nur 1,80 bis rund 5 Prozent für Rüstungen gegen 20,15 Prozent die Deutschland, und 61,20 Prozent, die Russland opfert.

Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich, wenn nur die Kriegsmarine zum Vergleich herangezogen wird. Für jede Registerlinie der Handelsflotte wurden im Jahre

1909 an Ausgaben für die Kriegsflotte gemacht: in Russland 263,80 Mark, in Frankreich 206,90 Mark, in Deutschland 157,80 Mark, in Italien 146,16 Mark, in Österreich 114,74 Mark, in Holland aber nur 71,27 Mark, in England 61,84 Mark, in Schweden 34,16 Mark, in Dänemark 24,08 Mark und in Norwegen nur 4,31 Mark. Wird die „Versicherungsprämie“ Norwegens für die Handelsflotte gleich 1 gelegt, so geben zum Schluß der Handelsflotte Dänemark 6mal, Schweden 8mal, Großbritannien 15mal, Holland 18mal, Österreich-Ungarn 29mal, Italien 38mal, Deutschland 40mal, Frankreich 50mal und Russland 60mal so viel aus!

Ein Zusammenhang zwischen dem auswärtigen Handel und den Rüstungsausgaben besteht also nicht. Ebensoviel zeigen sich die für den Militarismus gemachten Auswendungen in der inneren Volkswirtschaft eines Landes. In Deutschland sind die Rüstungsauslagen von 1881 bis 1907 um 163 Prozent gestiegen, während die Produktion der Eisenindustrie zum Beispiel nur um 89 Prozent in der gleichen Zeit zunahm und die Löhne von 1886 bis 1908 nur um 48 Prozent in die Höhe gegangen sind. Dagegen behauptet Kobatsch, daß die Rüstungen neben der Schuhzollpolitik die hauptsächlichste Ursache früherer und momentlich auch der jetzt herrschenden Tevernung sei. Der bewaffnete Friede und die Kriege nehmen Millionen und Millionen Menschen aus den eigentlich produktiven Beschäftigungen heraus, sie entziehen die Kräfte von anderen Millionen den nützlichen Industrien und, da außerdem die Lebensmittel ebenfalls für die militärischen Zwecke beansprucht werden, so werde ein Steigen der Preise schon in normalen Zeiten, namentlich aber in Zeiten kriegerischer Verwickelung bewirkt. Die jetzige Tevernung, um 30 bis 50 Prozent, sei dem russisch-japanischen Kriege auf dem Fuße gefolgt. Nach jedem Kriege sei die gleiche Erscheinung beobachtet worden.

Die Staatsausgaben bestehen in allen Ländern im wesentlichen in Auswendungen für Rüstungszwecke, wie aus dem folgenden Ergebnis einer Enquête zu ersehen ist, die das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten im Jahre 1910 unternommen hat. Danach betragen die

	Wohlfahrts- ausgaben	Rüstungs- ausgaben	Verhältnis
in England . . . . .	300	1576	1:5
Frankreich . . . . .	120	1247,7	1:10
Deutschland . . . . .	80,09	2250	1:28
Belgien . . . . .	28	66,2	1:2,4
Österreich-Ungarn . . . . .	26	586,6	1:22
Dänemark . . . . .	9,84	42,1	1:4,3
Schweiz . . . . .	6,06	50	1:8,1
Norwegen . . . . .	3,42	33,8	1:11
Spanien . . . . .	3,60	195,4	1:21,7

Deutschland wird in dieser Auflistung zu ungünstig beurteilt, weil hier die meisten „Wohlfahrtsausgaben“ von den Bundesstaaten gemacht werden, die keine Berücksichtigung gefunden haben. Aber es handelt sich auch nur um die Ausgaben des Reiches. Und die Übersicht beweist, daß die Zunahme der Staatsausgaben im wesentlichen durch die steigenden Rüstungsauswendungen bewirkt worden ist. Nach dem Budgetbericht des ungarischen Abgeordnetenhauses sind die Staatsausgaben der Staaten Europas in den 25 Jahren 1883 bis 1908 im Durchschnitt um 101 Prozent gestiegen. Im Deutschen Kaiserreich aber um 244 Prozent, in Österreich um 139,1, in Ungarn um 119 und in Italien um 84 Prozent. Im Jahre 1888 stiegen auf einen Einwohner in Europa durchschnittlich 55 Frank Staatsausgaben, im Jahre 1908 aber 86,6 Frank, die, wie wir sehen, im wesentlichen für militärische Zwecke ausgegeben werden.

Selbst wenn man den Rüstungen den einen oder anderen wirtschaftlichen Vorteil angestehe — den er bestreitet —, so ergebe sich gleichwohl, sagt Professor Kobatsch, daß fast alle Staaten infolge der enormen Rüstungsauslasten wichtige kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben nicht oder nur in sehr unzulänglicher Weise erfüllen können; das sei ein nicht hinwegzuleugnender großer wirtschaftlicher und sozialer Schaden der Rüstungen. Mit zwingender Logik ergebe sich aus allen staatsfinanziellen, volkswirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Betrachtungen die Notwendigkeit, zu einem Abkommen über den Rüstungsschlussstand und die obligatorische, allgemeine, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und damit zur internationalen Organisation zu gelangen.

Immer mehr Stimmen erheben sich gegen den Militarismus, den größten Feind des kulturellen Aufstiegs. Ihn niederringen ist eine der großen Missionen der internationalen Sozialdemokratie.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Ein allgemeines Wahlabkommen zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen.

Ein Berliner Telegramm vom 8. April meldet: Die geschäftsführenden Ausschüsse der national liberalen Partei und der fortgeschrittenen Volkspartei schlossen nach einer Verständigung mit den Landesorganisationen ein Wahlabkommen auf folgender Grundlage ab: In der Provinz Schlesien fallen den Nationalliberalen die Wahlkreise 1. Katowitz, 2. Kreuzburg-Rosenberg, 3. Reichenbach-Neurode, 4. Waldenburg, 5. Breslau-Ost, 6. Ohlau-Nimitz-Strehlen, 7. Militsch-Trebnitz, 8. Guhrau-Steinau-Wohlau zu. Der Fortschrittlichen Volkspartei fallen zu: 1. Hoyerswerda-Rothenburg, 2. Görlitz-Lauban, 3. Bauer-Bolkenhain, 4. Liegnitz-Haynau, 5. Löwenberg, 6. Löbel-Bunzlau, 7. Glogau, 8. Sagan-Sprottau, 9. Grünberg-Freystadt, 10. Schweidnitz-Striegau, 11. Breslau-Land Neumarkt, 12. Breslau-West, 13. Namslau-Brieg, 14. Groß-Wartenberg-Orleis, 15. Groß-Habelschwerdt. — In der Provinz Hannover fallen den Nationalliberalen zu: 1. Aurich-Wittmund, 2. Osnabrück-Berkenbrück, 3. Melle-Diepholz, 4. Nienburg-Stolzenau, 5. Hameln-Springe, 6. Hildesheim, 7. Einbeck-Osterode, 8. Göttingen, 9. Goslar-Sellersfeld, 10. Celle-Gifhorn, 11. Uelzen-Lüchow, 12. Lüneburg-Winsen, 13. Stade-Bremervörde, 14. Neuhaus-Geestemünde-Lehe. Der Fortschrittlichen Volkspartei fallen zu: 1. Emden-Norden, 2. Hannover-Linden. Im Wahlkreis Harburg-Rotenburg stellen beide Parteien einen Kandidaten auf. Den Wahlkreis Verden-Hoya betreffend, erklärt der geschäftsführende Ausschuß der Nationalliberalen, daß die Kandidatur Held nicht eine Kandidatur der Nationalliberalen ist. Für die oldenburgischen Wahlkreise 1. und 2. sind die beiden seitigen geschäftsführenden Ausschüsse bemüht, eine Einigung mit dem Ziele der Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes herbeizuführen. In Mecklenburg fallen der national liberalen Partei zu: die Wahlkreise 1. Schwerin-Wismar, 2. Neustrelitz, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise: 1. Rostock, 2. Hagenow-Grevesmühlen, 3. Parchim-Ludwigslust, 4. Malchin-Waren, 5. Güstrow-Ribnitz. — In Thüringen fallen den Nationalliberalen zu: die Wahlkreise 1. Eisenach, 2. Gotha, 3. Sondershausen, 4. Rudolstadt, 5. Gera, der Fortschrittlichen Volkspartei die Wahlkreise 1. Weimar, 2. Meiningen-Hildburghausen, 3. Sonneberg-Saalfeld, 4. Altenburg. Mit Kandidaten beider Parteien werden besetzt die Wahlkreise 1. Sora, 2. Coburg. Im Wahlkreis Bremen unterstützt die national liberale Partei den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei.

Wie viele von den genannten Wahlkreisen den beiden Parteien wirklich „zutreffen“, darüber werden erst die Wahlen selbst entscheiden. Das Resultat wird sein, daß mancher der Wahlkreise ihnen nicht zusällt.

### Zur Wahlaktik des Zentrums.

Seit Bestehen des schwarz-blauen Blocks verfolgt das Zentrum die Taktik, überall dort auf eigene Kandidaten zu verzichten, wo durch die Auflistung eines Zentrumskandidaten der Sieg eines Konservativen verhindert werden könnte. In Karlsruhe verfolgt das Zentrum noch nebenbei den Zweck, sich der Regierung besonders angehn zu machen, wenn es dazu beitragen könnte, den Kreis der Sozialdemokratie zu entziehen. Schon vor vier Jahren wurde deshalb versucht, mit Hilfe einer sogenannten unparteiischen Kandidatur die Nationalliberalen zu gewinnen und dadurch den Sozialdemokraten aus dem Sattel zu heben. Daselbe Experiment wird jetzt gemacht. Die Konservativen haben einen Herrn v. Gemmingen aus Stuttgart aufgestellt und das Zentrum hat sich für die Kandidatur erklärt. Es verteidigt sie mit folgenden in der „Germania“ wiedergegebenen Ausführungen:

Das Zentrum stimmt selbstverständlich nicht in allen Punkten mit den politischen Ansichten dieses Kandidaten überein, aber doch in der Weltanschauung und in nationalen Fragen. In dieser Hinsicht steht er gerade auf dem Großblock entgegengesetzten Standpunkte, also auf dem christlichen und verfassungstreuen und das ist die Haupttheorie. Es besteht auch Aussicht, Gemmingen in die Stichwahl zu bringen, denn das Zentrum und die Konservativen allein ohne die kleineren rechtsliegenden Gruppen sind stärker als die Liberalen zusammen. Gemmingen hat auch als positiver Protestant und verfassungstreuer Mann in der Hauptwahl keine schlechte Aussicht gegen den aus der katholischen Kirche ausgetretenen Sozialdemokratischen Kandidaten Gek. Das Zentrum legt so großen Wert darauf, daß der Sozialdemokrat und damit der Großblock

aus der Residenz hinausbefördert werde, daß der Sieg Gemmingens in Centrumskreis nicht weniger wertvoll angesehen wird, als ein Sieg im umfassend in einem Centrumswahlkreise. Es wird also für die Wahl Gemmingens gearbeitet werden, als handle es sich um eine Centrumskandidatur. Dem Centrum ist die Erörterung eines eigenen Mandats nicht wertvoller als der Vorteil für das Land, wenn es gelingt, einen Sozialdemokraten zu werben."

Die Nationalliberalen haben die Einladung für Gemmingen zu stimmen abgelehnt, sie werden den Demokraten wählen.

#### Heydebrand in Nötten.

So ganz sicher scheint sich der Auftraggeber des Kanzlers, Herr v. Heydebrand, in seinem Wahlkreis doch nicht zu fühlen, denn die Konservativen sind dort mit fast unheimlicher Rücksicht auf dem Posten. Die Berliner Leitung hat nun aber den Generalsekretär Kunze mit in den Kreis entsandt und es ist recht fraglich, ob man dem Herrn v. Heydebrand einen Gefallen damit getan hat. Herr Kunze ist nämlich der Organisator konservativer Niederlagen in Sachsen gewesen, dann organisierte er die Niederlage der Konservativen in Labiau-Wehlau und jetzt "organisiert" er im Reiche Heydebrands. Fürwahr, ein böses Omen! Nach der konservativen Presse freilich eilt Herr Kunze von Erfolg zu Erfolg, was man in Sachsen auch behauptet hatte — bis es schließlich anders kam.

#### Agrarische Sprengkolonnen.

Im Wahlkreis Mühlhausen-Langenau soll zu arbeiten die Agrarier mit Sprengkolonnen, die unter Führung des konservativen Fraktionssekretärs Dr. Kaufhold die Versammlungen der Liberalen zu sprengen suchen. Die Erhöhung ist bereits derart gestiegen, daß die Liberalen beschlossen haben, dem Dr. Kaufhold in keiner Versammlung mehr das Wort zu erteilen. Die Agrarier verwenden auch bereits Biergläser als geistige Waffen. Der Wahlkampf in diesem Kreis verspricht recht anrüstend zu werden.

#### Spotten ihrer selbst.

Die antisemitische "Staatsbürgerzeitung" sieht dem kommenden Wahlkampf mit hochgepannten Erwartungen entgegen. Nicht nur mit den Süden, sondern auch mit den unschönen Parlamentariern soll aufgeräumt werden. Das Blatt meint nämlich:

"Wo die Geistesgrößen und Charaktere, wo der germanische Geistes- und Blutsadel sitzen sollte als Vertreter des Volkes, da machen sich zum Teil seichte Schwätzer, Fenscherredner und Maulhelden breit. Leute, denen es nicht nur an positivem Wissen mangelt, denen auch die Fähigkeit schöpferischer Kraft abgeht. Kirchurm-polytiker und einseitige Berufsklassenvertreter hindern die nützbringende gesetzgeberische Arbeit, weil ihnen der weite, umfassende Blick für die Gesamtwohlfahrt des Volkes mangelt."

Will denn die "Staatsbürgerzeitung" die ihr nahe stehende Wirtschaftliche Vereinigung aus dem Reichstag ausgemerzt wissen? Alles was der antisemitische Moniteur da sagt, das trifft Wort für Wort auf die Liebermann, Raab, Lattmann und Konsorten zu. Nie ist diese Gruppe einig, so ziemlich in allen Fragen stimmen die Antisemiten getrennt, sie sind im Reichstag geradezu zum Gelpötz geworden. Und in diesen Leuten erblickt die "Staatsbürgerzeitung" vermutlich ganz besondere Zierden des Parteienwahlkampfes. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann allerdings werden im kommenden Reichstag die Antisemiten nur noch in recht vereinzelten Exemplaren zu finden sein.

#### Der „entschiedene“ Reichskanzler.

Zur elß-Lothringischen Frage bemerkte die "Nord-deutsche Allgemeine Zeitung" in ihrem Rückblick vom 8. April:

"War die Reichsleitung einmal zu der Überzeugung gekommen, daß die Fortbildung der elß-Lothringischen Verfassung schon zu lange gestockt hatte, so konnte sie für ihre Reform keinen Weg wählen, der bei der inkonsequenteren Haltung der elß-Lothringischen Parteien keinerlei Aussicht auf baldige Verwirklichung bot, und der überdies die Garantie vermissen ließ, daß dabei die Beziehungen der Reichsstände zum Reich in einer die Reichsinteressen befriedigenden Weise geregelt werden würden. Die Reichsleitung mußte vielmehr die Reaktion selbst in die Hand nehmen. Der Widerstand, den sie dabei auf Seiten der Konservativen findet, erschwert zwar die Arbeit in hohem Grade, wird aber den Reichskanzler nicht davon abhalten, mit aller Entschiedenheit an einem Entwurf festzuhalten, von dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit er nach wie vor überzeugt ist. Das Schicksal der Reform hängt somit im wesentlichen von der parteipolitischen Bescheidung derjenigen Parteien ab, die mit der Regierung auf dem Standpunkt stehen, daß der positive Abschluß des Werkes dem Interesse des Reichs wie Elß-Lothringens entspricht, ohne Preußen zu schädigen."

#### Die Handwerkerkonferenz,

die Ende der vergangenen Woche im Reichsamt des Innern stattfand, hat keine Beschlüsse gefasst; ein offiziößer Bericht teilt über die Verhandlungen folgendes mit: Hinsichtlich der Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk wurde namentlich die Schaffung einer einheitlichen Innstanz von Vertretern des Handwerks, der Industrie und des Handels angeregt. Es wurde auch die Frage hierbei erörtert, ob im Handwerk Großbetriebe möglich seien und ob das Handwerk berechtigt wäre, zu verlangen, daß solche Großbetriebe dauernd bei den Handwerksorganisationen verbleiben sollten. Bei der Frage der Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung für das Handwerk wurden zwei Vorschläge aus der Konferenz laufen, einmal die Errichtung einer kleineren Kommission im Reichsamt des Innern, die unter Hinzuziehung von Vertretern der beiden Interessengruppen eingehende Vorschläge zur endgültigen Regelung dieser Streitfrage machen soll. Von anderer Seite wurde der Regierung empfohlen, eine gültige Vereinbarung zwischen Handwerks- und Handelskammern anzustreben."

#### Die große Säge.

In den Reihen der Generäle vollzieht sich gegenwärtig ein großes "Revirement". So ziemlich ein Dutzend ist in den letzten Wochen vom Schauplatz militärischer Tätigkeit geschieden. Auch der Präsident des Reichsmilitägerichts, General v. Linde, tritt in den nächsten Tagen zurück. Als vor zwei Jahren in der Budgetkommission des Reichstages die Rationen des Generals v. Linde gestrichen werden, weil man der Ansicht war, daß der Präsident des Reichsmilitägerichts dienstlich überhaupt kein Pferd braucht. General v. Linde verteidigte seine Rationen mit dem Argument, daß ihm der Kaiser stets wieder ein Kommando übertragen werde. Statt dessen wird jetzt die Pickelhaube mit dem Zylinderhut verlauscht. Seder in den Ruhestand versetzte General kommt den Steuerzahldienst auf etwa 10 000 Mk. pro Jahr zu stehen.

#### Ein wissenschaftliches Urteil über die deutsche Finanzreform.

In der soeben erschienenen Chronik der Conrad schen Jahrbücher für 1910 wird das folgende Urteil über die Finanzpolitik des schwarzen Blocks gefällt:

"Die Reichsfinanzen haben durch die jüngste Reichsfinanzreform nicht jene Sanierung erfahren, die geplant, aber nach dem Ausgang der Reformarkt kaum mehr zu erwarten war. Denn eine endgültige Lösung war sie entschieden nicht... Als Rückstand von der leichten Reichsfinanzreform war noch eine Reichsvertragszuschlagssteuer zu verabschieden... Der Finanzpolitiker kann an diesem Steuergesetz, das allenhalben die Niederösterreichische kleinliche Kompromisse egoistischer Klasse vertreten an der Stirne trägt, ebenso wenig Freude empfinden, wie der Verwaltungsbearbeiter... Indem bedeutet das ganze Gesetz eine wesentliche Beeinträchtigung der städtischen und besonders der großstädtischen Gemeindefinanzen, wie eine abormalige, nicht gerechtfertigte Entlastung des Landes. In absehbarer Zeit wird darum eine neue Finanzreform im Deutschen Reich kaum zu vermeiden sein."

#### Steuerschen und Sozialistenhege im preußischen Herrenhause.

Am Sonnabend beendete das Preußische Herrenhaus die Staatsberatung. In der Fortsetzung der Finanzdebatte wurde noch einmal heftig um die vom Bankdirektor Gwinner aufgestellten Grundsätze für den Staatshaushalt gestritten. Der Berliner Bankdirektor Delbrück tat es unter so heftigen persönlichen Ausfällen gegen Gwinner, daß Graf Mirbach als Milderungsgrund für Delbrück anführte, er gehöre erst kurze Zeit dem Herrenhause an. Die Debatte spitzte sich dann immer mehr zu einer Auseinandersetzung über die Frage der Erhöhung der Vermögenssteuer zu. Professor Adolf Wagner kennzeichnete die indirekten Steuern als solche, die die breite Masse belasteten, während die Reichen von ihnen nicht oder nur wenig getroffen würden. Er forderte entschieden stärkere Anspannung der Vermögenssteuer; es sei das eine Forderung sozialer Gerechtigkeit.

Geradezu grotesk waren die Klagen der reichsten Magnaten im Herrenhause, des Grafen Mirbach und besonders des Fürsten zu Salm-Hoym, über die angeblich unerträgliche Steuerbelastung der Junker. Der Fürst zu Salm verstieg sich zu der ungeheuerlichen Wendung, mit dem Anheissen der Großgrundbesitzer an die Alters- und Invalidenversicherung zu drohen und kündigte an, wenn es mit der Steuerlast so weiter gehe, würden die Fideikommisbesitzer genötigt sein, ihr Land zu verkaufen und ins Ausland zu gehen. Es verdient erwähnt zu werden, daß Adolf Wagner, der der konservativen Fraktion angehört, trotz aller Widersprüche gegen seine eingerennten Fraktionsgenossen, doch die Erbschaftssteuer nicht erwähnte.

Die Beratung des Justizrats war ganz nebenschließlich. Dagegen gab die Beratung des Staats des Innern dem Herrn Eskow v. Puttkamer Anlaß zu einer mäßigen Hecke gegen die Sozialdemokratie. Puttkamer behauptete, die Sozialdemokratie bearbeite die Jugend für den gewalttamen Umsturz, für den Kriegsfall erwäge die Sozialdemokratie den Vaterlandsverrat, die Sozialdemokratie übe gegen Arbeitswillige und Geschäftslente den gewalttätigen Terrorismus, kurz, er zog das ganze Register der lästigen Reichsverbandschäger. Recht erheiternd war, daß Puttkamer mit Elard von Oldenburg, Vorsitzender des Bundes der Landwirte für Westpreußen, von der zunehmenden Profitier im Volke sprach. Er lobte schließlich sein eigenes Christentum, erklärte, mit Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie sei leider nichts zu machen, forderte aber um so nachdrücklicher Gesetze zum Schutz der Arbeitswilligen. Er ermahnte die bürgerlichen Parteien besonders für Stichwahlen zur Sammlung, drohte den Liberalen, die Konservativen würden ihnen keine Hilfe gegen die Sozialdemokraten leisten und erklärte schließlich, man müsse den Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zum äußersten führen, noch ehe die Landarbeiter verseucht seien. Allerdings werde der Kampf Bismarcks Nerven erfordern.

Der Minister des Innern v. Pallmiz dankte seinem Voredner für den Lobgesang auf die Landräte, erklärte, daß man bei der Revision des Strafgesetzbuches nach verstärktem Schutz für Arbeitswillige trachten müsse und deutete im übrigen an, daß man sich mit geruhiger Zuveracht auf die Polizei verlassen dürfe. Der "freisinnige" Oberbürgermeister von Königswberg, Körte, nahm den Sammelstraf des Reaktionärs mit herzlicher Zustimmung auf. Er sagte den Konservativen Stichwahlhilfe zu und erlebte die Genugtuung, daß ihm dafür vom Grafen Wedel vollste Zufriedenheit ausgesprochen wurde. Körte hielt es dann aber schließlich doch für geraten, zu erklären, daß er nicht als Parteiführer sprechen könne.

#### Spanien.

Genoße Iglesias über den Ferrer-Prozeß. In der Deputiertenkammer verurteilte der Sozialisteführer Iglesias die Politik der konservativen Kabinette, deren Rückkehr das Land nicht wünsche. Diese Politik sei besonders in der "blutigen Woche" eine Schande für die Nation gewesen. Wenn wir nicht dahin gelangen, erklärte Iglesias, die am Ferrer begangene Ungerechtigkeit zu rühmen, werden wir bestrebt sein, die Regie-

rung zu stürzen, die sich geweigert hat, eine Sühne herbeizuführen. Die Sache Ferrers würde auf die Straße gehen und wir würden alle Anstrengungen machen, einen Kriegerfeldzug einzuführen, in dem wir als entschlossene Männer mit entblößter Brust kämpfen. Diese Worte riefen großen tumult hervor. Die spanischen Sozialisten schloß Iglesias, werden vom Auslande nicht beeinflußt. Sie werden kein Mittel unversucht lassen, um ihren Zweck zu erreichen. Wundern Sie sich nicht, die Stimme der Waffen hören Sie sich nicht, wenn Gerechtigkeit nicht gewahrt wird. (Stürmischer Widerspruch.) Ministerpräsident Canalejas wies unter dem Beifall der ganzen Kammer, mit Ausnahme der Republikaner, die Drohungen Iglesias zurück und erklärte: Der revolutionären Gewalt werden wir uns mit aller Energie und mit der Macht, die das Gesetz uns in die Hand legt, widersetzen.

#### Portugal.

Arbeiter gegen den Marineminister. Etwa hundert Angestellte und Arbeiter des Marine-Arsenals veranstalteten vor dem Ministerium eine Kundgebung gegen den Marineminister, denn sie die Verzögerung der Veröffentlichung einer sie betreffenden Verfügung vorweisen. Polizei und Bürgergarde, unterstützt von Mannschaften des Kreuzers Almirante Reis, stellten die Ordnung wieder her. Einige der Manifestanten flüchteten an Bord des Kreuzers São Gabriel, wo sie verhaftet wurden.

#### Finnland.

Ein neuer Appell des finnländischen Landtags an den Kaiser. Der Entwurf einer Adresse an den Kaiser, den die Grundgesetzkommission ausgearbeitet hat, liegt nun dem Landtag vor und wird voraussichtlich in einigen Tagen zum Beschuß erhoben werden. Die Adresse unterscheidet sich von früheren politischen Denkschriften und Kundgebungen des Landtags durch die Kürze. Weitläufige Beweisführungen sind ebenso, wie ein genaues Eingehen auf Einzelheiten vermieden. Der Landtag erklärt, daß er gleich dem ganzen finnländischen Volke hinsichtlich des sogenannten Reichsgesetzgebungsgesetzes vom 30. Juni 1910 genau denselben Standpunkt einnimmt, wie der letzte aufgelöste Landtag. In den großen Rechtsfragen, die für Finnlands Gegenwart und Zukunft von vitaler Bedeutung sind, können die Ansichten nicht wechseln oder schwanken. Das Recht des finnländischen Volkes auf eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege, auf ein eigenes Finanzwesen, auf die Unantastbarkeit der Person und Eigentum, auf die Freiheit der Presse, der Rede und der Versammlung basiert nicht auf politischen Theorien, sondern ist eine unbestreitbare Rechtsstatsache. Der Utaas von 1910 hat diese Rechte der russischen Gesetzgebung gewahrt unterworfen und der Widerstand gegen diese Gewaltmaßregel, der durch loyale Verfassungstreue bedingt ist, soll nun als strafbare Handlung verfolgt werden. Es fehlt an jedem Anlaß zur Voraussetzung, daß nicht die Verforderungen, die im Interesse des ganzen Reichs aufgestellt werden müssen, auf verfassungsmäßigem Wege erfüllt werden könnten, da die Landtage sich gegen ein dertiges Verfahren nie ablehnend verhalten haben. Die russische Regierung hat aber nicht einmal den Versuch gemacht, diesen Weg zu beschreiten. In Finnland ist der Wunsch allgemein, daß gute Beziehungen zu Russland herrschen möchten. Dieser Wunsch kann aber nicht verwirklicht werden, solange die russische Regierung in ihrer Politik gegen Finnland Macht vor Recht gehen läßt. Trotz der herrschenden Willkür gibt das finnländische Volk den Glauben an seine gerechte Sache nicht auf, sondern ist überzeugt, daß auch in Russland einmal die Politik zur Herrschaft gelangen wird, die sich auf die Basis des Rechts stellt. Die Adresse bildet einen Kompromiß zwischen der rechten und den linken bürgerlichen Parteien. Der Einfluss der Rechten (der Altfinnen) neigt sich in dem starken Betonen der Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen und Zugeständnissen im Rahmen der Verfassung. Die Sozialdemokraten waren mit dieser Kürze und dem gemäßigten Tone nicht einverstanden. Sie verlangten eine detaillierte Erörterung sämtlicher Einzelfragen und eine bedeutend schärfere Tonart in der Darstellung. Würde ihre Ansicht im Plenum besiegen, so müßte die Adresse in die Kommission zurück. Es kann aber als sicher betrachtet werden, daß der Kommissionsentwurf unverändert angenommen wird. Über den Erfolg dieser Adresse braucht man nicht im Zweifel zu sein. Sie wird das Schicksal aller früheren teilen und in dem Papierkorb des russischen Ministerrats verschwinden. Wenn Stolypin gefallen und durch Kokowzen ersetzt worden wäre, hätte man vielleicht eine schwache Hoffnung haben können, daß ein Versuch gemacht worden wäre, den verbündeten Zaren die Augen darüber zu öffnen, zu welchem Verbrechen er seine Hand leistet. Jetzt ist auch diese schwache Hoffnung zerstört.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 10. April.

Achtung, Tapzierer! Die Tapziergehölfe Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Außstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Der Unterhaltungsabend der freien Jugend, der gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand, erfreute sich eines recht guten Besuches. Auch eine große Zahl schulklasseller Knaben und Mädchen waren teils mit, teils ohne Eltern erschienen. Die meisten werden eben durch die im Nordosten eingewurzelte Sitte am Konfirmationsstage im Familienkreise festgehalten. Genosse Bromme hielt eine Ansprache, in der er sich zunächst an die neuerschienenen, nunmehr ins rauhe Leben tretenden Konfirmanden wandte, denen die freie Jugend ein Trost und Berater sein wird, in dem sie sich allmählig einen Willen aneignen können, natürlich einen Willen zum Guten. Dann richtete Genosse Bromme warme Worte des Abschiedes an die ausgelernten Jugendlichen, die zum größten Teile in den nächsten Tagen die Heimat verlassen und in die Fremde ziehen werden. Manche beherzigten seine Lehre, gab er ihnen auf den Weg. Das bittere Gefühl des Scheidens aus Freundschafts- und Familienkreis und das Verlassen der liebgewordenen Heimstatt werde indes verfügt durch die Zuversicht, daß überall gleichgestaltete Menschen die dort Fremden mit offenen Armen empfangen und ihnen Rat und Hilfe zuteilen lassen werden. Es wechselten dann Gesänge, ernste und heitere Rezitationen und Detra-

mationen einander ab, sodass sich alle Teilnehmer aufs beste unterhielten. Auch Genosse Dr. Schröder trug ein gut Teil zum Gelingen des Abends mit bei. Eine ziemliche Anzahl neuer Anhänger ließ sich ausrechnen. Hoffentlich vergrößert sich die Teilnehmerzahl von Sonntag zu Sonntag. Am ersten Osterstag wird ein Ausflug nach Schwartau unternommen. Der Abmarsch erfolgt  $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags vom Lindenplatz aus.

Der Palmsonntag brachte gestern den schulentlassenen Kindern schönes sonniges Wetter, sodass ihnen die Freunde, im neuen langen Kleide oder schwarzen Anzug auf den Straßen zu paraderieren, durch nichts beeinträchtigt wurde. Überall sah man die jungen Menschenkinder in lebhaftem Geplauder miteinander, froh darüber der Schulzeit endlich entzückt zu sein. Sie denken meistens nicht daran, dass nun mehr der Ernst des Lebens näher an sie herantritt, dass sie jetzt erst recht lernen müssen, um in wenigen Jahren sie sich selbst sorgen zu können. Die heiteren Stunden der Kindheit entfliehen leider nur zu schnell.

**Beförderung von Personen auf den Wasserstraßen.** Das Polizeiamt erlässt folgende Verordnung: § 1. Wer es unternimmt, auf den Wasserstraßen im Bezirk des Polizeiamtes oder von ihnen aus in andere Gewässer gewerbsmäßig Personen von einem Orte zum anderen oder zur Lustfahrt in See zu befördern, ohne dass eine solche Fahrt einen Tag überschreitet, hat dazu alljährlich die Genehmigung des Polizeiamtes einzuholen. Die Genehmigung wird mit der Maßgabe erteilt, dass sie jederzeit widerrufen werden kann, wenn der Unternehmer oder der Schiffsführer den zur Sicherheit des Publikums getroffenen Vorrichtungen dieser Verordnung wiederholt zuwidersetzt. § 2. Die Unternehmer haben die solchen Zwecken dienenden Dampfschiffe, Motorboote oder sonstige Boote mindestens eine Woche vor dem Beginn der ersten Fahrt dem Polizeiamte zur Untersuchung bereitzustellen. § 3. Die auf solchen Dampfschiffen und Motorbooten anzustellenden Schiffsführer und Maschinisten sind dem Polizeiamte nachhaltig zu machen, damit sie, falls sie nicht schon ein Befähigungszeugnis besitzen, hinsichtlich ihrer Befähigung geprüft werden. Über das Verstehen der Prüfung wird ihnen ein Zeugnis ausgestellt, dass sie im Betriebe stets bei sich zu führen haben. Erst nach bestandener Prüfung werden sie zum Dienste als Schiffsführer oder Maschinisten zugelassen. § 4. Das Polizeiamt bestimmt auf Grund einer amtlichen Vermessung die höchste Zahl der Personen, welche das Fahrzeug aufnehmen darf. § 5. Außer den durch die Unfallverhütungsvorschriften der Seeverkehrsgenossenschaft vorgeschriebenen Rettungsvorrichtungen ist für jede Person, die auf Grund der amtlichen Vermessung befördert werden darf, eine Schwimmweste oder Korkjacke von mindestens 8 Kilogramm Tragfähigkeit mitzuführen. § 6. Bei Fahrten, welche die Linie Pelzerhaken-Klein Flüg überstreichen, ist außer den im § 5 vorgeschriebenen Rettungsvorrichtungen ein Rettungsboot für Passagiere mitzuführen, für dessen Größe die Höchstzahl der Personen maßgebend ist, die der Dampfer auf Grund der amtlichen Vermessung aufnehmen darf. Dabei werden für die ersten 100 Personen 4 Kubimeter Bootsräum und für je weitere 40 Personen jedesmal ein weiterer Kubikmeter Raumgehalt gerechnet. Stattdessen des Bootsräumes über 4 Kilometer kann schwimmfähig gemachtes Decksinventar von genügender Tragfähigkeit gestattet werden. Als Rettungsboote sind Boote anzusehen, welche entweder mit festen dichten Luftkästen von mindestens 10 Prozent des Bootsräumgehaltes oder mit gleichwertigen Schwimmvorrichtungen versehen sind. § 7. Alle Rettungsboote sind so anzubringen, dass sie stets ohne Zeitverlust in Gebrauch genommen werden können. Die Schwimmwesten sind zweckentsprechend an Bord zu verteilen. Ihre Lagerplätze sind durch die Aufschrift „Schwimmwesten“ kennlich zu machen. Die Boote sind gebrauchsfertig zu halten und mit den nötigen Riemen, Ruderklappen, 2 Haken, Steuer und Gefäßen zum Lenzen zu versehen. § 8. Wer mit Dampfsbooten, Motorbooten und sonstigen Booten die im § 1 näher bezeichneten Fahrten mit im voraus festgesetzten Abfahrts- und Ankunftszeiten unterhalten will, hat zuvor dem Polizeiamte einen vollständigen Fahrplan zur Genehmigung vorzulegen, aus welchem die Abfahrts- und Ankunftszeiten, die Anlegestellen und die Fahrpreise ersichtlich sind. Der Fahrplan ist auf den Schiffen und an den Anlegestellen auszuhängen. Die Abfahrtszeiten sind einzuhalten und erforderlichenfalls so abzuändern, dass Verkehrsstörungen an den Landungsanlagen vermieden werden. Abweichungen von den vom Polizeiamt bestätigten Fahrplänen sind untersagt. Werden solche durch eingetretene Unglücksfälle oder durch mehrere Umstände unumgänglich, so hat der Schiffsführer nicht nur dem Polizeiamte sofort Mitteilung zu machen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass an den Anlegestellen eine Benachrichtigung des Publikums erfolgt. Höhere als die genehmigten Fahrpreise dürfen nicht gefordert werden. § 9. Wenn die Eigentümer von Fahrzeugen ohne feststehenden Fahrplan nur gelegentlich Personenfahrten der im § 1 bezeichneten Art unternehmen wollen, haben sie hierfür mindestens 24 Stunden vorher dem Hafenmeister Anzeige zu machen befußt Anweisung der Anlegeplätze. § 10. Den Anordnungen, die von dem Führer eines zur Beförderung von Personen benutzten Fahrzeugs in bezug auf dieses selbst, dessen Leitung und Erhaltung sowie auf die Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen werden, haben sich Mannschaften wie Fahrgäste widerspruchlos zu fügen. Kommen sie den Anordnungen des Schiffsführers nicht nach, so können sie von diesem von der Mit- oder Weiterfahrt ausgeschlossen und ans Land gesetzt werden. Falls noch Platz vorhanden ist, darf nur Personen, welche durch Trunkenheit, unreines Blut, ansteckende oder abschreckende Krankheiten die Mitfahrenden belästigen können, die Mitfahrt verweigert werden. § 11. Die Angaben über die zulässige Höchstzahl der Passagiere sowie ein Abdruck dieser Verordnung sind auf allen vorstehend näher bezeichneten Fahrzeugen an sichtbarer Stelle anzuschlagen. § 12. Die vorstehenden Bestimmungen finden auch sinngemäße Anwendung, wenn Personen auf Schiffen zwar nicht gewerbsmäßig aber gegen Entgelt befördert, sowie wenn Schiffe an Dritte zum Zwecke der Personenbeförderung gewerbsmäßig oder entgeltlich überlassen werden. § 13. Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden auf Grund des § 866 Nr. 10 Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 Pf. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. § 14. Die Vorschriften der §§ 5, 6 und 7 der vorstehenden Verordnung treten erst am 20. Mai 1911 in Kraft. § 15. Die Verordnung vom 14. Juli 1904, betreffend die Beförderung von Personen auf Wasserstraßen, wird aufgehoben.

**Gewerbeanmeldungen für die Monate Januar, Februar, März 1911.** Agenten 4, Antiquitätenhändler 1, Architekten 1, Auktionsatoren und Taxatoren 1, Auskunfteinhaber 1, Bäcker 1, Barbier und Friseure 3, Blumen-, Pflanzen- und Samenhändler 1, Brennmaterialienhändler 2, Böttcher 1, Brot- u. Backwarenhändler 2, Brot- u. Konfitürenhändler 1, Buchdrucker 1, Buch- u. Zeitchriftenhändler 1, Dachdecker 1, Delikatesse- u. Fettwarenhändler 1, Drogenhändler 1, Druck- und Schreibwarenhändler 1, Fahrradhändler 2, Feintwarenhändler 2, Fleischhändler 3, Glaschenbierhändler 6, Flussfischer 2, Friseurinnen 2, Frucht-, Gemüse- und Glaschenbierhändler 2, Gastwirte 6, Gipsfigurenverfertiger und -händler 4, Gold- und Silberwarenhändler 2, Händler 18, Handlungsgärtner und Kommissionäre 10, Handelsgärtner 1, Haus-

und Hypothekenmakler 1, Heilmälze 3, Hörer und Glaschenbierhändler 16, Instrumentenkleifer 1, Kauftäufen 3, Kaufleute 16, Klempnächer 1, Kinematographenunternehmer 1, Klempner 3, Kolonialwaren- und Glaschenbierhändler 5, Kohlenhändler 1, Kolorieranstaltsinhaber 2, Konditoren 3, Krämer und Glaschenbierhändler 11, Krämerinnen und Glaschenbierhändlerinnen 1, Kurz- und Galanteriewarenhändlerinnen 1, Lederhändler 1, Maler 2, Maurer und Bauunternehmer 1, Milch- und Butterhändler 1, Möbelfabrikanten 1, Möbelhändlerinnen 1, Müller und Geigenhändler 1, Optiker und Feinmechaniker 1, Porträtmaler 1, Partikularhändler 1, Papier- und Schreibmaterialienhändler 3, Pferdehändler 1, Photographen 2, Rohrstuhlflechterinnen 1, Schänkwirte 16, Schlachter 2, Schlossbudenbesitzerinnen 1, Schirmnächer 1, Schlosser und Mechaniker 2, Schneider 1, Schnellkäferinnen 5, Schornsteinfeger 1, Schuhmacher 2, Speisewirtinnen 1, Spirituosenhändler 7, Steinseher 1, Stellmacher ein, Stiefelpuher 1, Tabak- und Zigarrenhändler 4, Tapzierer und Dekoratoren 1, Tischler 2, Trödler und Händler 1, Trödlerinnen und Händlerinnen 1, Uhrmacher 2, Viehhändler 3, Zigarrenhändler 1, Zigarrenmacher 2, zusammen 24.

**Gewerbeschule.** Das neue Schuljahr beginnt am Mittwoch, dem 19. April 1911. Die Lehrherren haben ihre Lehrlinge sofort an diesem Tage oder an dem für das betreffende Lehrjahr vorgesehenen daraus folgenden Unterrichtstage pünktlich zur Schule zu schicken. Von der Schulpflicht sind für das Sommerhalbjahr befreit: Maurer, Zimmerer, Maler, Gärtner. Nach § 9 des Gesetzes über die Umgestaltung der Gewerbeschule sind die Üster in die Lehre eintretenden Lehrlinge binnen 8 Tagen nach Unterricht ihrer Stellung (also auch während der Probezeit) zur Aufnahme in die Gewerbeschule schriftlich anzumelden. Ebenso sind die aus der Lehre austretenden Lehrlinge binnen acht Tagen schriftlich abzumelden.

**Aufgehobene Straßenperre.** Die am 25. vor. Missangeordnete Sperrung der Strecke des Pferdemarktes, vom Klingenberg bis zur Dankwartsgrube, ist wieder aufgehoben.

**Schulzahnpflege.** Uns wird geschrieben: Seit geraumer Zeit ist man im Deutschen Kaiserreich bestrebt, für die Schulen eine geordnete Zahnpflege einzuführen. Doch ist man im allgemeinen, von einigen Städten mit bereits eingerichteten Schulzahnkliniken abgesehen, über Gewohnungen und mehr oder minder erfolgreiche Untersuchungen über die Zahnerkrankungen der Schulkinder nicht hinausgekommen. Der Verein Lübecker Dentisten hat nun, um die Schulzahnpflege praktisch zu fördern, der Oberschulbehörde in Lübeck für sämtliche Volks- und Mittelschulen Schulkarten „Unsere Zähne und ihre Pflege“ nebst erläuternden Schriften zur Verfügung gestellt. Diese Karten sind vom Dentisten Labes in Lehe unter Mitwirkung der Kommission für Schulhygiene, des dortigen Lehrervereins und der Kommission für Schulzahnpflege des Verbandes Deutscher Dentisten hergestellt worden. Sie enthalten in 18 Abbildungen alles das, was für die Allgemeinheit von Interesse ist. Die Abbildungen sind in Kunstdruck ausgeführt und dem Verständnis der Kinder angepasst, sie werden daher dem Lehrer als Anschauungsmittel sehr gute Dienste leisten.

**pb. Wer ist der Eigentümer?** Bei einem hierigen Vorteil wurden vor einigen Tagen 2 Harken, 1 Spann, eine Schaufel und eine Heftenschere mit gelben Holzgriffen von einem unbekannten Mann, der die Geräte am nächsten Tage wieder abholen wollte, zurückgelassen. Da der Mann auch Rosenstücke gegen einen Kümmel veräußern wollte, so ist es nicht ausgeschlossen, dass die Geräte aus einem bei einem Gärtner ausgeführten Eisenstahl herrühren, da sie bis jetzt nicht abgeholt sind.

**pb. Urkundenfälschung und Betrug.** Festgenommen wurde der Haushälter eines hierigen Kaufmannes, der sich der Urkundenfälschung und des Betruges zum Nachteil eines hierigen Hotelbesitzers schuldig gemacht hat.

**Hansa-Theater.** Man schreibt uns: Donnerstag, den 13. und Sonnabend, den 15. April findet ein zweitägiges Gastspiel des bekannten Jaeger-Ensembles statt. Der Verfasser des „Graf von Monte Christo“ hat ein neues Stück geschaffen: „Manuleen“, der Fürst der Diebe. Diese interessantesten vier Alte aus dem Leben eines Gescheiterten gelangten in fast allen Großstädten mit steigendem Erfolg zur Aufführung. Da die Güte des Ensembles hier noch in bester Erinnerung steht, so ist wohl anzunehmen, dass der Besuch ein starker sein wird.

**Neues Stadtheater.** Man schreibt uns: Morgen abend 7 Uhr gelangt Wagners prachtvolle Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ nochmals zur Aufführung. Am Mittwoch abend findet eine Wiederholung der beliebten Operette „Die Försterchristel“ von Faro bei kleinen Preisen statt.

**Hamburg.** Abbruch der Straßenbahnerbewegung. Die um ihre Dividende bange gewordene Straßenbahnaktionäre dürfen sich beruhigen; für diesmal kommt es noch nicht zum Streit. Dem Ruf zur entscheidenden Versammlung, die in der Nacht zum Sonnabend im Gewerkschaftshaus stattfand, halte nur ein so geringer Teil der Straßenbahnmitarbeiter Folge geleistet, dass die Leitung des Transportarbeiterverbandes es nicht verantworten konnte, unter solchen Umständen den Streik beschließen zu lassen. Der Straßenbahnerausstand unterbleibt also. Nicht die Drohungen der Straßenbahndirektion, nicht mangeiner Kampfesmut der Organisationsleitung, haben diese Entscheidung herbeigeführt, sondern einfach der Umstand, der schon so manche andere hoffnungsreiche Bewegung scheltern ließ, nämlich der Mangel an gewerkschaftlicher Schulung. Die Hamburger Straßenbahner haben zwar in den letzten Wochen einer tiefgehenden Erregung über die diktatorischen Maßnahmen der Straßenbahndirektion wiederholt Ausdruck gegeben. Sie haben auch in anerkennenswerter Weise sich aufgerafft und sind zu vielen Hunderten ihrer Berufsorganisation beigetreten, aber dieser Beifall ist doch nicht in solchem Umfang erfolgt, dass ein offener Kampf mit der kapitalsübertümchten Straßenbahngesellschaft gewagt werden könnte. Zu der Versammlung waren von rund 4000 Straßenbahnmitarbeiterinnen kaum 1200 erschienen, und von diesen bewies wieder ein Teil durch sein Verhalten, dass ihm der Organisationsgedanke noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen war. Als erster Redner nahm Reichssekretär Rathmann das Wort, um der Versammlung den Beschluss der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner zu unterbreiten, den diese in einer Sitzung, die bis zum Beginn der Versammlung tagte, gefasst hatten. Die Frage sei, ob es im gegebenen Moment geraten sei, in den Kampf einzutreten. Diese Frage erledigte sich durch die Feststellung, ob genügend Straßenbahner anwesend seien, so dass der Sieg verbürgt sei. Es braucht kaum wiederholt zu werden, dass ein Streik der Straßenbahner nicht verloren werden dürfe. Die Vertrauensmänner und die Ortsverwaltung ständen auf dem Standpunkt, dass diese Bürgschaft für den Sieg nicht vorhanden sei. Es sei die Anfrage an die Verwaltung ergangen, ob der Verband auch für den eventuellen Verlust der Kautio einstehe. Das könne der Verband natürlich nicht, dem stande das Statut entgegen. Auf die Nichtanwesenheit sei kein Verlust. Die Gefahr, dass die Direktion die Situation ausnutze, um einen Teil der Straßen-

bahner zu mahnen, könne nur dann bestehen, wenn die Straßenbahner nicht geschlossen zusammenstehen. Die Tat- sache, dass die Zusammensetzung der Direktion, die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, auf das entschiedene Vorgehen der Straßenbahner zurückzuführen sei, lasse sich nicht aus der Welt schaffen. Das Ereignis soll zu bewahren, sei allerdings nur dann möglich, wenn die Straßenbahner an ihrer Organisation feststellen, sie weiter auszubauen und stärken. Mehrere Straßenbahner vertreten in erregten Worten den Standpunkt, dass der Augenblick für den Kampf günstig sei und man ihn ausnutzen müsse. Verbandsvor sitzender Schumann in Berlin mahnte zu kühler Überlegung und empfahl nachfolgende Resolution zur Annahme:

Die heute, am 7. April, versammelten Angestellten und Arbeiter der Hamburger Straßenbahn erklären, mit aller Entschiedenheit an ihren Forderungen bezüglich Koalitionsrecht, gerechter Vertretung in der Pensionskasse und Erweiterung der Rechte des Arbeiterausschusses festzuhalten.

Die Versammelten halten jedoch den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, den entscheidenden Kampf um diese Forderungen aufzunehmen. Sie sind vielmehr der Ansicht, diesen Kampf zu vertagen und in der Zwischenzeit dem Verband noch fernstehende Straßenbahner diesem zuzuführen, da nur durch eine feste, geschlossene Organisation ein Erfolg garantiert werden kann. Die Versammelten beantragen die Verbandsleitung, zu geeigneter Zeit die Schritte einzuleiten und Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um den Angestellten zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Trotz aller Versuche, den Deutschen Transportarbeiterverband in den Augen der Hamburger Straßenbahner herabzusehen, erblickten die Unreinen in diesem nach wie vor ihre einzige Interessenvertretung. Sie verpflichteten sich, dafür zu sorgen, dass auch noch fernstehende Straßenbahner diesem Verband zugeführt werden, weil nur durch festen Zusammenschluss innerhalb der Organisation eine dauernde Besserung der Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

Die Resolution wurde gegen eine kleine Minorität abgelehnt. Die Verwaltung erklärte hierauf durch den Vorstandenden Gaack, dass unter den obwaltenden Umständen weitere Schritte in dieser Versammlung nicht getan werden könnten. Die Straßenbahner möchten auch in dieser Situation das Vertrauen zur Verbandsleitung bewahren. Hierauf wurde die Versammlung um 4 Uhr geschlossen. Auch jetzt konnte wieder konstatiert werden, dass hauptsächlich Unorganisierte oder solche, die kaum erst dem Verband beigetreten waren, ihrem Willen über diesen Ausgang der Bewegung in erregter Weise Lust machen. Allerdings war die Erregung, die sich in der Versammlung entlud, auch ein Gradmesser dafür, welche Erbitterung die Straßenbahngesellschaft gegen sich erzeugt hat.

**Hamburg.** Der Fischdampfer „Bürgermeister Burchard“ untergegangen? Der Nordenhamer Fischdampfer „Marburg“ traf Sonnabend von den Islandischen Gewässern in Kughaven ein. Der Kapitän des Dampfers meldet, dass er am Mittwoch bei schönem Wetter an der Nordspitze Schottlands ein Boot des Kughavener Fischdampfers „Bürgermeister Burchard“ gesunken habe treiben sehen. Der ganze Befund ließ darauf schließen, dass das Boot mit dem Dampfer untergegangen ist, sich dann aber losgerissen hat und wieder nach oben gekommen ist. Der Dampfer „Bürgermeister Burchard“ traf mit dem Nordenhamer Fischdampfer „Marburg“ unter Felsen zusammen. Ersterer trat aber einen Tag früher als der Dampfer „Marburg“ die Heimreise nach Kughaven an und wurde hier bereits erwartet, ist aber bisher nicht eingetroffen. Man nimmt an, dass er in schottischen Gewässern in Collision gewesen und dabei untergegangen ist. Nähere Nachrichten liegen jedoch noch nicht vor.

**Rostock.** Ein 175er als Fürsorge-Grzieher. In Rostock fand vorigen Sommer der Fürsorge-Grziehertag statt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das bei Rostock gelegene „Rettungshaus“ für Knaben besichtigt. Man war über die Einrichtungen und Erziehungsmethoden des Lobes voll und man betrachtete es als ein Zeichen für die Schwierigkeit der Fürsorge-Grziehungsarbeit, dass gerade die Kleinstadt Gehlsdorf eine besonders starke Anzahl von Flüchtlingen aufzuweisen hatte. Schließlich aber tauchte das Gerücht auf, dass Gehlsdorf in puncto Sittlichkeit zu wünschen übrig lasse, dass unter den Fürsorgegrätzern ein Vok sein Wesen treibe usw. Schließlich wurde der „Grziehungsgehilfe“ Jung verhaftet. Am Donnerstag hatte er sich vor der Rostocker Strafkammer wegen Begehung unzüglicher Handlungen an (männlichen) Kindern unter 14 Jahren zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dem famosen Fürsorgegrätzern konnten sechs Fälle nachgewiesen werden. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis, wovon 1 Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden soll.

**Bant.** Kommuunalwahl sieglos. Am Sonnabend war Wahl zum Stadtrat der neuen Stadt Rüstingen, gebildet aus den oldenburgischen Gemeinden Bant, Heppens und Neuende. Es erhielt die Liste der Partei und Gewerkschaften 4204, die der vereinigten Gegner 1206 Stimmen. Gewählt wurde nach der Verhältniswahl. Auf unsere Liste entfielen 19 Sitze, auf die der Gegner 5. Für die besondere Vertretung des ländlichen Kreises der neuen Stadt wurden für unsere Liste 251, für die der Gegner 181 Stimmen abgegeben. Hier erhielten wir 8, die Gegner 4 Sitze.

**Gaderleben.** Zum Kampf gegen die Heimatlosen. Freitag mittag erhielt der wieder zurückgekehrte Arbeiter Mads Egholm eine neue Ausweisungsbefehl. Er wird darin aufgefordert, das Land innerhalb 24 Stunden zu verlassen, widergründlich sei er mit einer Geldstrafe von 150 Mark oder zwei Wochen Arrest bestraft werden. Gleich nach Empfang des neuen Ausweisungsbefehls sandte Egholm eine telegraphische Befehlsworte an den Regierungspräsidenten, in der er bittet, die Ausweisung aufzuheben, da die erste Ausweisungssache noch nicht geordnet sei.

**Briefkasten.** J. L. Der Genosse Schwarz ist am 14. April 1841 geboren.

**Streitende.** Wenn das Mädchen vorsätzlich gehandelt hat oder wiederholt besonders unachtsam gewesen ist, oder gegen ein bestimmtes Gebot oder Verbot der Herrschaft verstößen hat, dann hastet es für den Schaden, unbekümmert darum, ob es nur gegen Kost und Logis oder auch gegen Bezahlung angestellt ist.

### Kritik.

Für den Wahlond's gingen ein:

Überschuss von der Kranzspende der Nieter

der Kochschen Schiffswerft . . . . . 3,27 M.

Sozialdemokratisches Parteisekretariat

Johannistraße 50.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: Ch. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.

Sämtlich in Lübeck.

Sonnabend morgen entschließt sich  
nach kurzer schwerer Krankheit meine  
liebe Frau, meine gute Mutter  
**Marie Zimmermann**  
geb. Staack,

im 74. Lebensjahr.  
Doch betraut von den Thriegen  
Friedrich Zimmermann u. Sohn  
Untertrave 19/20.

Die Beerdigung findet am Dienstag, d. 11. April, vorm. 10 Uhr, von  
der Leichenhalle (Burgtor) aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Zeilnahme u. reichen Kranspenden,  
bei der Beerdigung meiner lieben  
Frau **Maria**, geb. Rüsch, sage allen  
uns nahestehenden, dem Verband d.  
Maler, d. Sozialdem. Frauenverein,  
dem Verband der Hausangestellten  
und dem Herrn Pastor Lütgens  
meinen aufrichtigen Dank.

**G. Fedder**, Altonendorfstr. 1, III.

Zur Konfirmation wünschen wir  
allen Freunden und Bekannten einen  
herzlichen Glückwunsch.

**Jobs. Groht**, Restaur., Kottwitzstr.

Allen Konfirmanden aus meinem  
werten Kundenkreis herzlichen Glück-  
wunsch zur Konfirmation.

**Albert Rebesky und Frau**,  
Meierstraße 18a.

Meiner werten Freundschaft zur  
Konfirmation herzlichen Glück-  
wunsch.

**A. Böckler**, Bäckerei u. Konditorei,  
Friedenstraße 48.

Unsern werten Gästen, Freunden  
und Bekannten, welche Konfirmation  
halten, die herzlichsten Glückwünsche.

NB. Für erwiesene Aufmerksam-  
keiten danken herzlich.

**Joh. Eggers** nebst Frau  
und Sohn Heinrich.

Für die aus Anlaß der Konfir-  
mation unserer Tochter **Erna** uns  
übermittelten zahlreichen Glück-  
wünsche sagen herzlichen Dank.

**Familie W. Bromme**, Steinweg 2a.

Für die vielen Aufmerksamkeiten  
anlässlich der Konfirmation unserer  
Tochter Emma danken herzlich

**Ad. Löwigt und Frau**.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke zur Konfirmation ihrer  
Tochter Elsa danken herzlich

**A. Kühne u. Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke zur Konfirmation unseres  
Sohnes **Heinrich** sagen herzliche  
Dank. **H. Wilms und Frau**,

Kottwitzstr. 2, nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke zur Konfirmation unseres  
Sohnes **Paul** danken herzlich

**H. Barg u. Frau**, geb. Rustin.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke unserer Tochter Anna  
danken herzlich. **Wilhelm Vader**  
und **Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen  
meiner Tochter **Frida** besten Dank

**H. Muxfeldt u. Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke anlässlich der Konfirmation  
unserer Tochter **Luisa** danken herzlich

**H. Busch u. Frau** nebst Tochter.

Für die Gratulationen zur Konfir-  
mation unseres Sohnes danken herzlich

**C. Müller und Frau**.

Allen Freunden und Bekannten  
unserer besten Dank für die Gratula-  
tionen und Geschenke. **G. Schöns-**  
**rock u. Frau** nebst Sohn.

Für die zahlreichen Glückwünsche  
zur Konfirmation sagen ihren herz-  
lichen Dank. **Fr. Holst u. Frau**  
nebst Sohn, Fleischhauerstr. 8.

Herzlichen Dank für die Uner-  
kenntlichkeit zu der Konfirmation uns-  
seres Sohnes.

**E. Eggers und Frau**.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke zur Konfirmation unserer  
Tochter **Helene** danken herzlich.

**H. Kahl u. Frau** nebst Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten  
zur Konfirmation unserer Tochter  
danken herzlich.

**H. Reimer u. Frau** nebst Tochter Olga.

Für die vielen Gratulationen und  
Geschenke anlässlich der Konfirmation  
unsrer Tochter **Mariechen** danken herzlich

**G. Heinemann u. Frau** nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur  
Konfirmation unseres Sohnes **Alfred**  
danken herzlich.

**F. Gröpper u. Frau** nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und  
Geschenke zur Konfirmation unsrer Sohnes  
**Johannes** sagen uns innigsten Dank

**Johs. Bruse u. Frau** nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur  
Konfirmation unsrer Sohnes **Hugo**  
sagen herzlichen Dank.

**Wih. Mengel u. Frau** nebst Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten  
zur Konfirmation unsrer Sohnes  
danken herzlich.

**G. Falkenthal u. Frau** nebst Sohn.

Für bewiesene Aufmerksamkeiten  
zur Konfirmation unsrer Sohnes  
unseren besten Dank.

**Karl Kelz und Frau**.

Herzlichen Dank für die Anteili-  
ngnahme bei der Konfirmation unsrer  
Söhne. **Paul Schröder u. Frau**.

# Friedr. Meyer & Comp.

## Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Herstellung sämtlicher  
■ Buchdruckarbeiten ■  
in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

— —

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

# Palmkuchen

in allen Größen u. von bekannter vorzüglicher Qualität  
empfiehlt zum Osterfeste die

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei  
(e. G. m. b. H.)

Bestellungen werden von heute ab in allen unseren  
Niederlagen entgegengenommen.

Gleichzeitig empfehlen uns

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 11. April  
abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tagessordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Maifeier.
3. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
4. Mitteilung der Ortsverwaltung.
5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Maurer!

Außerordentliche  
Mitglieder-Versammlung

der Zentral-Frankenkasse  
„Grundstein“

am Dienstag, 11. April  
abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tagessordnung:

1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.
2. Wie stellen sich die Mitglieder zu einer Zuschußkasse?
3. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagessordnung  
ist es unbedingt notwendig, daß  
alle Mitglieder erscheinen.

Der Vorstand.

# Restaurant Untertrave 47

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen  
Tage das

übernommen habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine  
verehrten Gäste durch reelle, saubere Bedienung zufrieden zu stellen  
und bitte ich um gestl. Unterstützung meines Unternehmens.

Hochachtungsvoll

**W. Palm.**

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:

**Kapt. Marryats Werke** 2 Bände eleg. gebund.  
Mk. 3.—

**Ch. Dickens ausgewählte Werke**

2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—

Ferner sind wieder eingetroffen:

**Fritz Reuters Werke**

in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—

Als Nachschlagebuch:

**Der Ratgeber für das praktische Leben.**

Elegant gebunden Mk. 2.75

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**

Johannisstraße 46.

Vereinigte  
Butterhändler  
v. Lübeck u. Umg.  
Kostet Mk. 1.40

General-Versammlung

am Dienstag, dem 11. April  
abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Tagessordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus und der Genossenschaftsbücheret.
3. Erweiterung des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 11. April, abends 7 Uhr.

Die Meistersinger v. Nürnberg

Oper von Wagner.

Mittwoch, 12. April, abends 8 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Die Förster-Christl.

Operette von Georg Börno.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 85.

Montag, den 10. April 1911.

18. Jahrg.

## Private Pensionskassen.

In einer Eingabe an den Bundesrat zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte beschäftigt sich der Zentralverband Deutscher Industrieller mit der Frage der besonderen Kasseneinrichtungen aus privaten Versicherungsverträgen. Es heißt in dem Schriftstück, die vom Gesetzentwurfe vorgeschlagenen Bestimmungen über die besonderen Pensionseinrichtungen entsprechen keineswegs der berechtigten Forderung, daß die vorhandenen, durch die Opferwilligkeit der Unternehmer und die landesgesetzlich geregelten Knapphaushartsvereine nicht gefährdet und in ihrer Existenz gescheitert werden dürften. Indem der Entwurf die Zulassung der privaten Pensionskassen als Erzählinstitute für die staatliche Versicherung ablehne und die Betriebspensionskassen nur als Zuschuskassen unter der Bedingung bestehen lassen wolle, daß sie die geleglichen Beiträge für ihre versicherungspflichtigen Mitglieder aus den Kassenmitteln entrichten, nötige es sämtliche Kassen zu einer erheblichen Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen und stelle dadurch ihr Weiterbestehen ernstlich in Frage. Die im Entwurf vorgesehene Regelung erscheine besonders dort undurchführbar, wo die gleiche Pensionskasse Beamte und Arbeiter einer Firma zusammenfaßt und lasse den Fall ganz unberücksichtigt, daß Arbeiter im Dienste eines Unternehmers in eine Beamtenstellung auftrücken, mit einem Teile ihres Einkommens in der Arbeiterpensionskasse verbleiben und nur mit dem Reste der Beamtenpensionskasse beitreten.

An Stelle der „unannehbaren Vorstellungen“ des Entwurfs werden folgende Bestimmungen über die besonderen Pensionseinrichtungen gewünscht: 1. Pensionskassen u. w. sind als Erzählinstitute für die reichsgesetzliche Angestelltensicherung anzulassen, wenn die Kasseneleistungen im wesentlichen den geleglichen Leistungen mindestens gleichkommen; die Erfüllbarkeit mindestens der gesetzlichen Leistungen gewährleistet ist; die Beiträge der Unternehmer zu den Kassen mindestens den gesetzlichen Unternehmerbeiträgen gleichkommen; beim Übertreten eines Kassenmitgliedes zur Reichsversicherungsanstalt oder einer anderen zugelassenen Fürsorgeeinrichtung, diejenige Prämienreserve überwiegen wird, die zur Übernahme der gesetzlichen Ansprüche erforderlich ist; den Kassenmitgliedern ein Rechtsanspruch auf die Kasseneleistungen und bei der Entscheidung über die Gewährung von Kasseneleistungen eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Mitwirkung eingeräumt wird; die Kassen, die sämtlichen versicherungspflichtigen Angestellten eines Unternehmers ohne Auswahl der Risiken aufzunehmen. 2. Hinsichtlich der Kassen, die als bloße Zuschuskassen bestehen bleiben, ist eine dem § 1307 des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung entsprechende Vorschrift erforderlich, die ihnen das Recht gibt, die reichsgesetzlichen Bezüge auf die Kasseneleistungen ganz oder teilweise anzurechnen. In diesem Falle müssen die Kassen entweder alle Beiträge oder, wenn die Unternehmer damit einverstanden sind, wenigstens die der Kassenmitglieder entsprechend herabsetzen, falls nicht die durch Berechnung der reichsgesetzlichen Bezüge gemachten Ersparnisse satzungsgemäß zur Erweiterung der Kasseneleistungen verwendet werden oder zur Deckung der der Kasse verbleibenden Leistungen erforderlich sind. 3. Hinsichtlich der Knapphaushärtvereine

erscheint eine Vorschrift angebracht, die diese landesgesetzlich geregelten Einrichtungen allgemein als Erzählinstitute anerkennt, falls ihre Leistungen im wesentlichen der gesetzlichen Leistungen mindestens gleichkommen.

Die vom Entwurf vorgeschlagenen Bestimmungen über die Verpflichtung der Versicherungsvereine mit privaten Lebensversicherungsunternehmen reichen in betrügerischer Weise nur den Fall, daß der Angestellte die Lebensversicherungsprämien ganz aus eigenen Mitteln aufbringt. Dagegen wird die vom Entwurf beabsichtigte Regelung der Fälle, in denen die Unternehmer zu den Lebensversicherungsprämien ihrer Angestellten Zuschüsse zahlen, überall da zu einer Schädigung der Angestellten führen, wo diesen die reichsgesetzliche Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenrente wenigerwert ist, als der ihnen rechuerlich gleichgezahlte Teil der Anwartschaft aus dem Lebensversicherungsvertrag. Es dürfte daher angebracht sein, die Unternehmer, die bei Inkrafttreten des Gesetzes Zuschüsse zu den Lebensversicherungsprämien ihrer Angestellten mindestens in Höhe der gesetzlichen Unternehmerbeiträge zahlen, für die Dauer dieser Zuschußzahlung von der gesetzlichen Beitragspflicht zu befreien.

## Die Gefängnishölle in Nikolajew.

Vor kurzem ereignete sich der seltsame Fall, daß die Administration der Arrestantenkorrektionsanstalt in Nikolajew (Gouv. Perm), der Chef Zugurtin, die Gehilfen Konjuchow und Palomoshnik und 16 Aufseher vor dem Appellhof in Tschekaterineburg zu Gefängnis- und Festungsstrafen verurteilt wurden. Die Anklageschrift und die Verhandlungen entrollten ein so grausiges Bild der Zustände in dieser Gefängnishölle, daß alles bisher bekannte davor verblaßt. Man kann sich keine bessere Widerlegung der läugnerischen Berichte der russischen Regierung denken als dieses gerüttlich festgestellte Anklagematerial gegen die Administration eines Gefängnisses, das von der Regierung wegen seiner Strenge besonders geschätzt wird.

In der Anklageschrift wird festgestellt, daß der Chef Zugurtin gleich nach seinem Dienstantritt im Dezember 1906 Exekutionen im Gefängnis einführte. Im August, September und Oktober 1907 nahmen diese Exekutionen einen systematischen massenhaften Charakter an und gingen in vielen Fällen in Folterungen über. Zur Durchpeitschung der Gefangenen wurden spezielle Knüten angefertigt, die aus einem Ochsenzimier, umflochten von weißgegerbten Lederriemen bestanden. Infolge häufiger und verstärkter Anwendung wurden auch diese Knüten bald „unbrauchbar“ und ihre Enden mußten, laut der Versicherung des Aufsehers Semjonin, mit Eisenräthen befestigt werden. Mit diesen Marterinstrumenten wurden die Gefangenen, auch die Politischen, in der furchterlichsten Weise gequält. Gleich nach der Ankunft eines neuen Gefangenen wurde er auf Befehl eines Chefsgehilfen in die im Keller befindlichen dunklen und holzgedunkelten Karzerräume geführt, wo bei er schon auf dem Wege dorthin Spießruten laufen mußte. Zwei Aufseher, die an der Kellertreppe standen, stießen den Gefangenen die Treppe hinunter. Unten wurde er von anderen Aufsehern empfangen, die den Gefangenen mit Knüten und Fäusten zu Boden schlugen, mit den Füßen auf ihm herumtraten usw. Geleitet wurden die Exekutionen gewöhnlich von dem Oberaufseher Semjonin, der das Maß der Exekution bestimmte. Nach der Exekution wur-

den die Gefangenen nur mit der Unterwäsche bekleidet, in die eiskalten Karzerräume geworfen, wo sie einige Tage in furchterlicher Kälte auf dem nackten Fußboden zubringen mußten, ohne Nahrung zu erhalten. Die gewöhnliche Folge war, daß sie gefährlich erkrankten und sogar starben. In der Anklageschrift wird darauf hingewiesen, daß am 25. November 1907 der politische Gefangene Alexander Schamin, der 32 Stunden in Unterwäsche in einem solchen Karzer zubrachte, nachdem er früher gefoltert worden war, am Typhus erkrankte und nach einigen Tagen starb. Ähnliches ereignete sich mit den Gefangenen Nabrochin und Puchke. Auf diese Weise wurden bis zum August bis Oktober 1907 mehr als 100 Gefangene gefoltert. Laut der medizinischen Expertise wurden noch vier Monate nach den Exekutionen deutliche Spuren der furchterlichen Folterungen bei den Gefangenen gefunden.

Die Gerichtsverhandlung, bei der mehr als 100 Zeugen anwesend waren, ergänzte die Darstellung der Anklageschrift in entzückender Weise. Das System der Folterung bestand in folgendem: der halbtagschlagene Gefangene wurde 5 bis 9 Tage im Dunkelkarzer gehalten, darauf einige Tage im halbdunklen und erst wenn die sichtbaren Zeichen der Folterungen zu heilen anfingen, in den hellen Karzer gebracht. Die Klagen der Gefangenen wurden nicht angehört und nur noch mit stärkeren Exekutionen beantwortet. Der Abgeordnete der zweiten Duma Kabakow wurde gleich am ersten Tage nach seiner Einlieferung geprügelt und bloß mit der Unterwäsche bekleidet in den Karzer geworfen. Am folgenden Tage wurde die Exekution erneuert. Nach den Aussagen des Zeugen Taraschow wurden die Exekutionen im Dunkelkarzer nach dem System „Spießrutenläufen“ durchgeführt. Schreien war verboten, sonst schlug man noch härter. Bei dem Schein einer kleinen Latrine stützten sich einige Aufseher plötzlich auf den Gefangenen, schlugen ihn mit den Fäusten, mit Knüten und was sie sonst in den Händen hielten. Die Exekution dauerte bis der Gefangene die Bewußtlosigkeit verlor. Wozschkarev sagte aus, daß man ihn mit den Worten des Gebetes „Herr segne“ prügelte. Nachdem er bis zur Unkenntnis blutig geschlagen und in den Dunkelkarzer geworfen war, kam jemand von den Aufsehern und erkundigte sich: „Lebt der Hund noch?“ Die Exekutionen nahmen einen raffinierten Charakter an. So wurde z. B. das System „Trommelchlag“ angewandt. Ein Aufseher hielt den Gefangenen an den Haaren, während einige andere seinen Kopf und Hals im Takt mit den Fäusten bearbeiteten. Nach der Aussage des Experten Dr. Uporow litten die vorgeführten Zeugen sämtlich an traumatischen Verletzungen, der eine am Verlust des Gehörs, der andere an Dyskrasie, bei dem früheren Abgeordneten Kabakow hatten sich infolge der Exekutionen auf dem Rücken Verkürzungen gebildet.

Es ist höchst charakteristisch für die russischen Zustände, auf welche Weise es gelang, die Bestien in Menschen Gestalt, die das Regime in Nikolajew in Händen hielten, auf die Anklagebank zu bringen. Unter den Gefangenen, die dort gefoltert wurden, befand sich auch der Schriftsteller Ananjin-Schipanowski. Aus Nikolajew wurde er nach dem Gefängnis in Tschekaterineburg übergeführt, und dort bedurfte es eines heroischen Mittels, des Hungerstreiks der politischen Gefangenen, bis die Staatsanwaltschaft auf die Grenze in Nikolajew aufmerksam wurde und die Unterbringung einleitete. Sodessen kann man von dem jetzt gefallten Gerichtsurteil keine Besserung dieser Zustände erwarten. Wie aus Gerichtskreisen ver-

## Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(Es Fortsetzung.)

### Drei und zwanzigste Kapitel.

Während des Mittagessens, bei welchem Anton nichts die Wahl hatte zwischen den Rollen eines an königlicher Tafel aufwartenden Lakaien, oder eines zur Tafel gezogenen Kammerherrn (denn er bekleidete, streng genommen, beide Charaktere), benahm sich Laura, wie wenn durchaus nichts vorgefallen wäre, gleichgültig, unbefangen, artig. Anton fühlte sich mehrfach vor sich seine Linke verstohlen zu betrachten, ob sich nicht vielleicht Spuren des flüchtigen Druckes, Blutmale einer glühenden Berührung vorfänden. Die Hand sah aus wie gewöhnlich und brannte dennoch ins Herz hinauf.

Madame Simonelli war übler Laune. Ihre Permissio[n], der in A. die nötigen Voranthalten treffen sollte, meldete ihr, daß ihm der Reisende für die große Reitertruppe des Herrn Guillame begegnet sei, und daß ersterer heute noch in D. eintreffen werde, um über Hals und Kopf einen Sommerzirkus errichten zu lassen. „Sie wollten heute über acht Tage schon anfangen,“ sagte sie ärgerlich. „Das verdirbt mir den Platz. D. wäre noch für einen Monat gut gewesen, wenn wir's allein für uns behielten. Heute ist's aus. Wer einmal bei uns war, trägt jetzt sein Geld zu den Reitern, während er ohne diese noch eitle Maler uns besucht hätte. Nun kommen wir zu früh im Sommer nach E. Unterwegs in G. und Br. wird nicht viel zu machen sein. Und ich hätte mir E. so gern für den Winter aufgespart!“

„Also in acht Tagen schon geht es fort von D.? fragte Anton.

„Ja, mein Junge! Bald nachdem Guillame angefangen hat. Am liebsten bräche ich auf, ehe er noch eintrifft, denn wir sind nicht die besten Brüder, ich und er. Aber es geht nicht. Sie risken mir zu rasch auf den Hals. Einige Tage hindurch werden wir uns in das Geld der D. ger teilen müssen, so gut und schlecht das gehen will. — Man klopft. Siehe nach, Anton, und wenn es etwa gar schon Herr Guillame wäre, der uns besuchen will . . .“

„So bin ich nicht sichtbar!“ rief Laura heftig und schickte sich an, die Flucht zu ergreifen. Doch augenblicklich warf sie sich wieder völlig beruhigt in ihren Sessel, denn die Tür war mittlerweile aufgegangen und eingetreten war ein kleiner, dorber Mann von etwa 50 Jahren, dessen schwarze Augen über eine krummgebogene Nase herüber ins Zimmer leucht-

teten, wie wenn sie alles in Brand stocher wollten. Er trug einen dunklen Zylinder, welcher mit einem weißgrauen, doch vollen Lockenkopf sehr gut kontrastierte. Bekleidet war er halb jugend-elegant, halb abgeschart-armatisch. Mit ausgefeilten verbündlichen Manieren näherte er sich Madame Simonelli, die ihm fogleich wie einem alten Bekannten die Hand zum Küssen entgegenstreckte. Von ihr zu Madame Amelot gewendet, lächelte er dieser, die reinsten und schönsten Zähne fletschend, eine schmeichelhafte Huldigung ihrer läufig wachsenden und reicher blühenden Neige zu und nahm sodann, wie wenn er eingeladen und nur wichtigen Geschäfte halber zu spät erschienen wäre, seinen Platz am Tische, wozu er den eben leergemordeten Stuhl Antons benützte. Dieser brachte das Dessert, stellte es auf und schob einen Teller mit prachtvollen Apfeln vor Laura, wobei er sie ansah, als wollte er sie an die Apfelseide des Morgens mahnen. Nachdem er dies getan, machte er Miene, sich zu entfernen.

Madame Amelot jedoch ließ das nicht geschehen. Sie rief ihn zurück, hielt ihn, sich einen vierten Stuhl holen, lud ihn ein, diesen zu benützen, und stellte ihn, da er zögerte, dem Freunden in alter Form als — Antoine, Diener und Freund des Hauses, vor. Worauf der kleine Herr sich voll militärischen Anstandes erhob und die Damen ersuchte, ihn gleichfalls zu präsentieren. Solche Mühe übernahm Madame Mutter; sie bezeichnete und nannte den weltberühmten Herrn Michaletto Sanchez, Künstler und Vater drei allerliebster Töchter, die als Equilibristinnen und Drahtseiltänzerinnen ihresgleichen suchen.

Michaletto wie Union verbeugten sich gegenseitig, dann setzten sie sich wieder. Madame Simonelli freudete ein großes Glas Bordeaux und Kuchen, Käse, Apfel usw. wurden, wie man sich heutzutage darüber ausdrückt, in Angriff genommen.

„Woher kommen Sie, mein alter Freund Sanchez?“ fragte die Simonelli. „Wie gehen die Geschäfte?“

Abschulich antwortete dieser, während er mit der Rechten ein Stück Chesterfäße, mit der Linken einen halben Borsdorfer seinen allerdingen zur Bemalung höchst fähigen und geeigneten Kauwerkzeugen überantwortete, „abschulich, erbarmungswidrig“. Dieser dicke Hahnret von Guillame mit seinen vierzehn Hüftstruppen hat mir E. totallement verdorben. Wir sind nun hierher nicht gereist, vielmehr geflogen, um ihm wenigstens den Vorrang von einigen Tagen hier in D. abzugewinnen, die wir benötigen wollen, ehe sein verfluchter Reitstall fertig wird. Wir sangen morgen an in einem Salon; sowohl, nur in einem Salon, ausschließlich für die Noblesse. Eintrittsgeld ein harter Taler. Wie? Ah, nicht zu viel. Beim helligen

Blut, zu wenig! Sophia sieht jetzt andalusische Männerneuen auf dem Thakte dar, im roten Mantel, die Hände da bei, sie lädt, sie lädt — und diese Drapierungen! — Sie werden sehen und staunen. Siette geht noch immer mit den Beinen oben an die Decke, aber unglaublich rascher und gewandter als vor drei Jahren, so lange wir's her, daß wir uns trauen, wie? — Damals hatte sie diese Doree noch nicht. Rosalie, die jüngste, ist ein Satan von Schönheit und Bravour. Sie arbeitet auf dem Schwappel. Früher mehr Genre, wie Sie wissen. Ich war bekannt; ich war ein wenig bekannt, daß ich die Ghre haben zu verschieren. In Madrid ließen sie die Tiergesetze leer, wenn es hieß: Michaletto wird arbeiten. Was braucht ich die Tiere zu sehen, sie einer dem anderen zu haben, wie nicht Michaletto Sanchez? Das tut wohl mein Gott! Gott! Bei allen Heiligen, wenn es möglich wäre, so würde ich sagen: Rosalie übertrifft mich. Sie nimmt noch einen wilderen Schwung. Welche Gott und seine Engel, daß die Mauern des Hauses fest stehen mögen, wo wir unsern Salons gemietet haben, sonst reißt sie alles zusammen. Und dann müssen Sie bewundern den Leuchtertanzt, ausgeführt von Siette und Sophia. Der ist ganz neu, nie sonst produziert; meine Invention. Darin ist vereint Grazie, Kraft, Balance, Ausdauer. Der Bürgermeister E., ein Mann in meinem Alter, geriet in eine so heftige Leidenschaft, als er diesen Leuchtertanzt gesehen, daß er sich entschließen wollte, mit uns zu gehen. „Pater Sanchez“, sprach er zu mir, du hast keinen Bajazzo; aus Liebe für diese himmlischen Gestalten will ich dir ziehen, will die als Bajazzo dienen, damit ich nur täglich diesen Anblick genießen kann!“ Glücklicherweise hatte seine Gattin ihm keinen Urlaub erteilt, sonst wäre jene Stadt gegenwärtig ohne Oberhaupt. Schrecklich, aber wahr!

Madame Simonelli fand Vergnügen an Michalettos Geschwätz, weshalb sie fleißig sein Glas füllte, um ihn noch gesprächiger zu machen.

Anton, anfänglich sehr geneigt, zu glauben, was er hörte, schenkte volle Aufmerksamkeit. Wie er jedoch wahrnahm, daß Laura sich langweile und unverhofft gehäupte, wendete sich seine Aufmerksamkeit vom lustigen Prähler auf sie, und er beschäftigte sich ernstlich mit Vergleichungen, die er zwischen dem Geist des beglückten Vaters und jenem der gähnenden Schönheit anstelle, wobei er sich immer tiefer im Anschauen solcher Schönheit verlor.

Weil aber Vater Sanchez nicht müde wurde, in Verzückung zu geraten über seine drei Töchter, so leitete die oft erwähnte Dreizahl unserer Liebhaber allgemein auf Onkel Nasus hin, der ja eben-

lauten, reichen die vorurteilten Beamten ein Gnadengebet beim Jaren ein. Dieser wird ihnen sicherlich, wie so vielen Pogromhelden die Freiheit wiedergegeben und dadurch die Greuel in den übrigen Gefängnissen alterhöchst funktionieren.

## Das Weltfriedensbündnis im Werden.

Wie amtlich aus Washington gemeldet wird, sind die vorbereitenden Verhandlungen über den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten aufgenommen worden. Es handelt sich zunächst um die Gewinnung der Grundlage, auf der der endgültige Vertrag dann aufgebaut werden soll. Da auch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich und dann jedenfalls auch zwischen diesem und Großbritannien gleichartige Verträge geplant sind, so ist damit der Grund für die Beseitigung der Kriegsgefahr zwischen den Hauptkulturländern — das preußische Kulturreich selbstverständlich ausgenommen — gelegt.

Auch Japan hat sich bereit erklärt, zur Erleichterung des britisch-amerikanischen Abkommens nötigenfalls in eine Abänderung des japanisch-brüderlichen Vertrags vom 12. August 1905 einzutreten. Dieser Vertrag, der noch bis 1915 läuft, regelt die Aufrechterhaltung des Standes der Dinge in Ostasien. Seine Bestimmungen betreffen: 1. Aufrechterhaltung des Friedens im fernsten Osten und den Grenzgebieten von Indien; 2. Schutz der Unabhängigkeit und Unvergleichlichkeit des chinesischen Reichs und Aufrechterhaltung des Grundsatzes der „offenen Tür“ in China; 3. Aufrechterhaltung der Geheisrechte der beiden Vertrags schließenden; insbesondere freie Hand Japans in Korea und Unterstützung der etwa erforderlichen britischen Unternehmungen in Tibet oder anderen Grenzländern Indiens. Für den Fall der Gesährdung der Interessen eines der beiden Staaten durch feindliche Unternehmungen einer fremden Macht wird die Errichtung etwaiger gemeinsamer Maßregeln vorbehalten. Die Spize dieser war gegen Russland gedacht. Inzwischen haben beide Mächte auch mit Russland freundliche Abmachungen getroffen, die eine Konfliktsgefahr hier ausschließen.

Auch Japan und die Vereinigten Staaten haben im November 1908 einen Vertrag geschlossen, der im wesentlichen die gleichen Züge wie der japanisch-brüderliche aufweist: Freie Entwicklung des Handels im Stillen Ozean und Erhaltung des beiderseitigen Beziehungsstandes; Erhaltung des chinesischen Reichs und der offenen Tür; gegebenenfalls Vereinbarung über gemeinsame Maßregeln. Durch den jetzt abgeschlossenen Auswanderungsvertrag sind die letzten Schwierigkeiten zwischen den beiden Mächten beseitigt worden, so daß dem Anschluß Japans an das Friedensbündnis der übrigen drei Großmächte nichts entgegenstehen dürfte.

## Aus der Partei.

Eine länderlich illustrierte Maizeitung wird auch in diesem Jahre vom Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin S. W. 68 herausgegeben. Der Verlag erfüllt, um praktische Erfüllung der Bestellungen zu ermöglichen, daß Parteibuchhandlungen und Kolporteur ihr Bestellungen umgehend aufgeben.

**Terroristen.** Ein Gastvortrag zu Stein reissen im Riesen gebirge, der bereit war, sein Votum den Sozialdemokraten für Versammlungen zur Verfügung zu stellen, erhielt von seinem Haupt-Hypotheken-Gläubiger, einer Firma des Konservativen Vereins in Karlsruhe folgenden Brief:

fasse dreier Töchter Vater gewesen. Doch natürlich geriet er dabei auf Teilewale, und ehe er selbst noch wußte, daß er mit seinen Gedanken bei seiner kindlichen Liebe weise, was er schon von der Vergleichung zwischen Laures und Michalots Nachtreichen zur Vergleichung zwischen den Personen des jüngsten Freifrauleins von Kannabich und Madame Lanta Amelot übergegangen.

Einem gefährlicheren Übergang konnte es für ihn kaum geben.

„Lebt darf ich nicht länger verschweigen, daß ich ein rein gehaltenes, sauber geschriftenes Blattreiches Manuskript beigebe, das wieden ich schreibe: Aus dem Tagebuch! „Selbstschändnis“ nennt es.“

Wir werden fündig erfahren, wie ich dazu gelangte. Er hat damit angefangen, auf einzelne Blätter dieindrücke niederzuzeichnen, die älterelei Freibauße auf ihn gemacht. Das hat er schon in Liebenau gesehen und auf Seiten fortgesetzt. Ganz später hat er das Vorhandene zu einem Ganzen gesammelt.

Gewiß kann ich mit meine liebste Arbeit oft gar sehr erstaunen, wenn ich daraus vorwärts arbeide. Doch da ein solches Verfahren dem Vater nachteilig werden würde, durch einseitige Ausschreibungen und — sorgfältig im Beginn seiner Erfahrungen — noch sehr beträchtliche Lebensanfänge, habe ich vorgezogen, als Autor des Wort zu nehmen und im Namen meines Sohnes zu sprechen. Manche Bushende oder eignen sich besser, denjenigen selbstredend einzuführen, den sie zunächst betrifft. Deshalb sei mir gestattet, ihm und wieder ein Blatt unverändert einzufüllen. Wenn ich dies im Laufe der Geschichte von Zeit zu Zeit wiederhole, dürfen solche Blätter auch das beste Zeugnis ablegen über die fortwährende geistige Entwicklung eines jungen Mannes, der immer reiset wird und täglich klarer sieht und denkt. Das nächste Kapitel sei einzigen Auszügen dieser Gattung gewidmet.

### 24. Kapitel.

#### Aus dem Tagesbuch.

S., den 2. Juni 18...  
Sie ist viel schöner, als die Leute alle, viel, viel! heusou! richtiglich um einige Frühlinge älter. Sie ist auch sehr gut, wohlhabend, mitleidig, tugendhaft. Sie lebt. Um so erstaunlicher, weil sie die Tochter eines rauschenden Mannes war und eine Menagerietochter ist, weshalb sie von Kindheit auf unter reizenden Tieren lebte.

Sie gibt mir alle nur erschienliche Rücksicht, ein Läppchen zu beraten, wie früher. Seitdem Madame Lanta meiner linken Hand zu Ehren in Ohnmacht zu sinken so gern geweisen, muß ich immer an Madame Lanta denken. Es fällt mir jetzt erst ein, das Läppchen von Kannabich amüsant wacker war. Lanta hat eine Figur wie die braune Bärbel, doch ganz in Fleisch und Rot. Ihre Haare ist Samt. Sie hat auch etwas von Rutsch - Pfau. Dies weiß Madame sehr wohl. Sie weiß überhaupt, daß sie leben ist. Sie möchte auch leben sein, wollte sie es nicht wissen, denn die beiden Läppchen legen es ihr von früh bis abends Realisch, als sie

Geehrter Herr!  
Da es mir zu Ehren gekommen ist, daß Sie der Sozialdemokratischen Partei Ihr Votum zu Versammlungen geben wollen, möchte ich Sie auf meine Hypothek ausmerksam. Ich wollte Ihnen nicht raten. Sollten Sie trotzdem der Sozialdemokratischen Partei die Lokalitäten überlassen, so gilt dieser Brief als Aufführung in einer Hypothek.

Mit Gruss!  
E. Werner.  
Kohlen- und Fouragegeschäft in  
Krummhübel am Bahnhof.

## 19. Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

k. r. Leipzig, den 7. April 1911.

Die Generalversammlung setzte in namentlicher Abstimmung mit 93 gegen 31 Stimmen einen Extrabeitrag für das Jahr 1911 auf die Dauer von 30 Wochen und für 1912 auf die Dauer von 40 Wochen fest. Die 1. Lohnklasse zahlt 15 Pf., die 2. 20 Pfennige, die 3. 25 Pf., die 4. 30 Pfennige, die 5. 35 Pf. Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaften Bravo entgegengenommen. Ein großer Teil der Delegierten, die dagegen stimmten, teils weil ihnen die Höhe in den oberen Stufen nicht hoch genug waren, erklärte nachträglich, daß sie sich dem Beschlüsse anschließen und mit aller Kraft für seine Durchführung eintreten werden. — In einer Resolution sprach die Generalversammlung ihre Befriedigung darüber aus, daß 95 Prozent der Mitglieder die ihnen durch die Abschaffung 1910 auferlegten Extraleistungen erfüllt haben. Sie erwartet, daß auch diejenigen Mitglieder, die mit diesen Leistungen noch im Rückstande sind, dieselben erfüllen werden.

Von Belang ist noch, daß Verlag und Redaktion in Zukunft von einander getrennt werden. Verlagsgeschäfte und Funktionen der Preskommission besorgt in Zukunft der Zentralvorstand.

k. r. Leipzig, den 8. April 1911.

Am Sonnabend wurde die Generalversammlung der Zimmerer zu Ende geführt. Da alle Mittel so weit wie möglich für den 1913 zu erwartenden Kampf bereitgestellt werden sollten, wurde jede weitgehende Veränderung der Unterstützungsvereinigungen abgelehnt. Eine starke Bewegung entstand bei der Vorstandswahl, als G. Schrade die Abstimmung äußerte, von seinem Posten als Vorsitzender zurückzutreten. Nachdem die Generalversammlung seinerseits Geneigtheit zeigte, auf diesen Vorschlag einzugehen und alle Redner, die zu der Sache das Wort nahmen, Schrade erachteten, von seinem Entschluß Abstand zu nehmen, wurden sämtliche Vorstandsmitglieder, sowie der Redakteur einstimmig wiedergewählt. — Der Sitz des Verbandes bleibt Hamberg, der Sitz des Auschusses Berlin. Als Auschussvorsitzender wurde Kubo wiedergewählt.

Schrade schloß die Generalversammlung mit einem begeisterten Aufruf, mit allen Mitteln und Kräften für die Durchführung aller Beschlüsse, besonders der Extrabeiträge einzutreten.

## Gewerkschaftsbewegung.

Der Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung Angestellten sind im Jahre 1910 weitere 328 Mitglieder hinzugekommen. Der Mitgliederbestand betrug 2717 gegen 2474 im Vorjahr. 17 Mitglieder der Vereinigung starben. Gewerkschaftsangestellte gehören ihr 1599 an, Expedienten 257, politische Redakteure 243, Parteanglehrte 99, Berichterstatter 53, Geschäftsführer 107 u. s. w. In Unterstützungen kamen im Jahre 1910 hinzu 5100 Mk. Jahresrente für 62 Witwen, 2550 Mk. Kinderrente für 43 Kinder und 7200 Mark Invalidenrente für 8 invalide Mitglieder. Die Zahl der Invalidenrenteempfänger betrug am Ende des Geschäftsjahrs

nach dem Französischen übte, wobei sie auch versuchte, deutsch zu lernen, was sie durchaus nicht zustande bringt, fragte sie mich, wie „pean“ auf deutsch genannt werde. Ich dachte, sie bezogt diese Frage auf den Eisbären, vor dessen König wie just standen, und antwortete: „Herr – Pelz.“ Wie kommt ich anders? Nachher, als wir aus der Bude zum Essen gehen wollten, rief sie mir zu: „Antoine, Sie mir geb‘ der Parafol, ohne das der Sonn‘ mich verbrenn‘ mein Fest-Pelz!“ Da war sie so schön, wie sie das sagte, daß ich ihr am liebsten auf offener Straße zu hüben gefügt wäre! Aber ich hätte mich wohl.“

Den 11. Juni.

Gestern sind wir abends in der Vorstellung des Herrn Michael Sanchez gewesen. Madame Simonelli, Madame Lanta und ich. Beinahe wäre ich zurückgeblieben. Ich war in meiner gewöhnlichen Tracht und wollte die Freuen als Diener begleiten. Das war auch der Frau Müller ganz recht. Lanta jedoch bestand darauf, daß ich die rohen Tücher und kurze Hosen ablegen und den braunen Rock anzuziehen müste, den ich mir für die Kleche habe machen lassen. Ich mußte mich auch neben ihnen hinsetzen. So lange die drei Sanchezischen Mädchen arbeiteten, läßt mich Madame Amelot nicht aus den Augen. Ich mag wohl sehr fröhliche Gesichter gemacht haben vor Erstaunen eingegangen worden und machten sich in diesen Fällen 1103 einzelne Auskünfte erforderlich. Schriften und Briefe wurden 8678 vom Sekretariat angefertigt. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungssträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 24. Zu Knappschäftsversicherungen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neuen Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schiedsgericht zurückgewiesen. Außerdem die Rentenstreitachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur Bearbeitung vorliegen. Von diesen sind im Vorjahr 2245 Streitachen erledigt worden, sodass noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten der Verletzten und 999 zugunsten der Verletzten erledigt, in 348 Fällen mußte eine Berichtigung abgelehnt werden. Von 34 Reptoren in Invalidenstreitachen mußte in 38 Fällen eine Berichtigung abgelehnt werden, weil die geschätzten Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen der Versicherten und 11 der Landes

zwei Gefreite in die Stube, löschen das Licht aus, heben über Mästler her und mühend handelten ihn unmenlich. Die Mäster blieb nicht ohne Folgen; Mit seit dieser Zeit unter Schwundel anfallen und verbrechen, er schleppte sich nur noch und brach dann ohnmächtig zusammen. Eine ganze Reihe weiterer Schindereien könnte man vorführen. Zwei Unteroffiziere haben dem Treiben der Gefreiten und „alten Leute“ informiert Vorwurf gelegt, als sie die Quälereien – obgleich sie davon wußten – nicht meldeten. Das Kriegsgericht verurteilte die Quälerei und zwar erhielten: Alan Grohberg 3 Monate 2 Wochen, Alan Quaifer 2 Monate 1 Woche, die Gefreiten Dehland und Knauer je 45 Tage Gefängnis, die Gefreiten Jähne 5 Wochen, Knüs 6 Tage und Dehmuth 3 Tage mittleren Arrest. Der Sergeant Krüger erhielt wegen Nichtmeldung strafbarer Handlungen Untergewebener 3 Tage Arrest. Unteroffizier Schäfer wurde freigesprochen. Gegen das Urteil haben die Angeklagten Grohberg, Quaifer, Dehland und Knauer Berufung eingelegt; der Gerichtsherr hat, obgleich in tel höhere Strafen beantragt waren, auf das Rechtsmittel verzichtet! Nur gegen das freisprechende Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Vom Oberkriegsgericht wurde unzweideutig ausgesprochen, daß die Gefreiten zweifellos aus Furcht vor den „alten Leuten“ nicht recht mit der Sprache herauszurücken. Nach lebenslanger Verhandlung wurden die Verurteilungen der Angeklagten als unbegründet verworfen und den Namen Grohberg und Quaifer die sechswöchige Untersuchungshaft nicht angerechnet. Der Berufung des Gerichtsherrn wurde stattgegeben und der Unteroffizier Schäfer wegen Nichtmeldung strafbarer Handlungen zu einer Woche Arrest verurteilt. Wie bestimmt verlaufen wird nun auch gegen den Kiltmeister ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

**Ostpreußisches Landarbeiteridyll.** Wegen Körperverletzung und Bedrohung mit Totschlag hatte sich in Königsberg der Gutsinspektor Münnichberg aus Prinzip zu verantworten. Der rohe Mensch hatte einen 71 Jahre alten Landarbeiter mit Totschlag bedroht und mühend handelt, weil er ihm nichts ließ genug war. Der Landarbeiter arbeitete schon seit 27 Jahren auf dem Gute Brauwerk. Der gewalttätige Gutsinspektor wurde zu der geringen Geldstrafe von 10 Mk. verurteilt.

**Ausregende Szenen** spielten sich in der letzten Sitzung des Kriegsgerichts in Straßburg i. Els. ab, vor dem sich ein zwanzigjähriger Einjähriger wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Er wurde beschuldigt, einem Kameraden 100 Mark aus dem Schrank gestohlen und das Geld für sich verbracht zu haben. Der Angeklagte, ein nervöser Mensch, der sich schon seit sechs Monaten in Untersuchungshaft befindet, bekam während der Verhandlung einen Anfall, wobei er einen Stuhl zertrümmerte, und dann seinen Kopf absichtlich mit voller Wucht ausschlug, so daß der Angeklagte blutüberströmt aus dem Saal getragen werden mußte. Die anwesenden Eltern gerieten in große Erregung und machten dem Gericht Vorwürfe. Das Urteil, das auf zwei Monate Verbüßung lautete, konnte wegen des Zwischenfalls nicht endgültig ausgesprochen werden. Von der erwähnten Strafe galt ein Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

## Die erschütternde Brandkatastrophe im Asch-Gebäude in Newyork,

wobei etwa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen der Triangle Waist (Bluse) Co. entweder lebendig Leibes geröstet wurden oder bei dem Sprunge aus den Fenstern der Fabrik umkamen, bildet eine furchtbare Anklage gegen den Kapitalismus und gegen die ihm ergebenen städtischen und sozialen Behörden. Denn bei der Katastrophe handelt es sich nicht um ein unabwendbar gewordenes Unglück, nicht nur das blinde Willen der Elemente, sondern um ein leider zum täglichen Ereignis gewordenes Massenmorden und Mordschlachten von Patriarchen. Deshalb sind auch das Wehlagen und Hammern der bürgerlichen Welt um die armen Opfer und die schreckhafteste Täglichkeit der Behörden zur Erinnerung der Schulden weiter nichts als widerwärtige Feuchte und ein Deckmantel für die eigene Schule. Das Asch-Gebäude, in dessen 8., 9. und 10. Stockwerk sich die Triangle Waist Co. befindet, ist eine wahre Menschenfalle. Als vor zehn Jahren die Baupläne eingereicht wurden, verwarf sie das Bauamt zweimal. Erst beim dritten Male wurden die gleichen Baupläne genehmigt, was nur den einzigen Schluss zuläßt, daß die Baupolizei bestochen worden ist und daß der Bauunternehmer 100 Dollar oder 200 Dollar Schmiergelder zahlte, um vielleicht den zehn- oder mehrfach höheren Betrag, wenn auch aus Kosten der Sicherheit, zu sparen. Die Zahl der Ausgänge entsprach nicht den gesetzlichen Bestimmungen. In dem Gebäude, in dem tausende Menschen beschäftigt waren – die Triangle Waist Co. allein beschäftigte 900 Arbeiter und Arbeiterinnen – war nur eine Feuerleiter angebracht die ohnedies nach dem Innenshof führt. Sie war ein waagelages, nur 18 Zoll breites Gestell, reichte nicht bis zur Decke, sondern nur bis zum zweiten Stockwerk hinab. Aber am ungeheuerlichsten und die Hauptursache der Größe der Katastrophe war die verbrecherische Praxis der Triangle Waist Co., die Türen ihrer Fabrikräume verschlossen und verriegelt zu halten und sie nicht eher zu öffnen, als bis die Angestellten nach Fabrikabschluß durchsucht waren. Diese unwürdige Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Triangle Waist Co. und verschiedene andere Mißstände in dem gleichen Betriebe hatten im Vorjahr den ersten Anstoß zu dem langwierigen Streik der dreißigtausend Blusenmacherinnen gegeben; die Triangle Waist Co. war es auch, die den hartnäckigsten Widerstand leistete und die Mobilisierung der Polizei zur Schikanierung der Streikenden und Streikfronten veranlaßte. Hätte die Polizei damals nicht die Geschäfte der Triangle Waist Co. besorgt, so wäre auch diese Firma, wie fast alle anderen, zum Niedergehen und zur Abfertigung der Mißstände, sowie zur Einführung der Sonnabendnachtfeierabends gezwungen worden. Und da der Brand am Sonnabend abends ausbrach, wäre das Geschäft mit den schreckbaren Verlusten an Menschenleben überhaupt unmöglich gewesen. Als kurz nach Feierabend der Ruf Feuer erklötzte, waren die Mädchen noch in den Ankleideräumen. Alle stürzten auf die zwischen Umkleideräum und Arbeitsraum gelegene Tür zu, da diese aber nur 30 Zoll breit ist, entstand eine Stauung, viele Mädchen wurden niedergetreten und später sind man 20 überhandergeschichtete Leichen gerade vor jenseit der Türen nach der Treppe zu. Über die Türen waren verschlossen und bis die Feuerwehr kam und sie mit Axt einstochte, war es zu spät. Auch die Ausgänge nach dem flachen Dache waren verschlossen, so daß des Sprung aus dem Fenster oder die beiden Fahrstühle den einzigen Weg der Rettung boten. Über die Fahrstühle konnten die Massen nicht rasch genug befördert werden. Und da die Flammen sich in den Arbeitsräumen der Blusenfabrik, wo nach den Angaben des Betriebsleiters

nur alle zwei Wochen die Stoßabfälle gesammelt werden, sehr rasch verbreiteten, wagten viele den Sprung in die Tiefe. Außer diesen erwähnten großen Verbrechen gegen die Sicherheit sind eine Masse anderer Verfehlungen bereits bekannt geworden. So waren von den Standrohren und Sprührohrensläuchen in der Fabrik die Mundstücke abgeschraubt und in Schränken verschlossen, zu denen keiner der Anwesenden den Schlüssel hatte. Sicherlich werden durch die Untersuchung des Corones, des Beamten Kommissars, des Bau-Departements, der Staatsanwaltschaft und die vom Stadtrat und der Legislative verlangten Spezialuntersuchungen noch weitere Überstände festgestellt werden. Aber bei diesen Feststellungen wird es bleiben. Geschehen wird nichts. Denn daß in Newyork nicht hunderte, sondern tausende Fabrikgebäude und Werkstätten in gleicher und noch schlimmerer Verfaßung sind, weiß jeder Mann. Nach dem Brande in Newark im November vorläufigen Jahres, wobei zwei Dutzend Menschen umkamen, veröffentlichte unser Pariserblatt „The Gast“ eine endlose Liste von Newyorker Menschenfällen. Und damals forderte der Newyorker Stadtrat eine Untersuchung. Aber bei der Forderung blieb es, die Untersuchung wurde nicht vorgenommen, obwohl die Baupolizei und das Feuerwehr-Departement zugeben müssen, daß die Verhältnisse erschreckende sind. Auch jetzt wird keine Abschaltung der Überstände erfolgen. Vorläufig erklärt die Baupolizei, die Fabrikinspektion sei in dem Aschgebäude zuständig gewesen, und umgekehrt. Einer schlägt die Schuld auf den andern. Tieviele sind sie alle mitverantwortlich für den Massenmord, dessen Wiederholung unmöglich zu machen gar nicht in ihrer Absicht liegt. Nach wie vor werden die Bauunternehmer und Fabrikanten ihre persönlichen Geldsackinteressen in den Vordergrund stellen und es vorteilhaft finden, durch kleine Geschenke die Freundschaft unserer öffentlichen Beamten zu erhalten, und nach wie vor werden unsere Bau- und Fabrikinspektoren usw. nur allzu gern bereit sein, gegen entsprechende Bezahlung beide Augen zuzudrücken. Deshalb ist die Frage, wer die Schuldigen sind, eine müßige. Sie sind allein Sünder, die Behörden und die Kapitalisten. Und deshalb werden sie sich bei der „Untersuchung“ gegenseitig schützen. Und die schrecklichen Katastrophen werden weitere ähnliche Verbrechen folgen.

## Arbeiter, Parteigenossen! Erwerbt das lübeckische Bürgerrecht!

### Aus Nah und Fern.

**Spionenverhaftung in Schweidnitz.** Eine Bande von Spionen, die in die Nacht vom 22. zum 23. Dezember 1901 in das Geschäftszimmer des Grenadierregiments Nr. 10 in Schweidnitz eingedrungen waren, und dort geheime Dienstvorschriften gestohlen hatten, ist, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, verhaftet worden. Die Tiebe hatten das geholzte Material an eine fremde Stadt verkauft.

**Industrieklavarei in Oberösterreich.** Ein interessantes Kurzbericht führt das Schreiben eines technischen Angestellten aus Kattowitz dar, aus dem die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ der technisch-industriellen Beamten, nachstehenden Auszug veröffentlicht:

Eins dürfte für den Bund noch von Interesse sein. Wer heiraten will, muß bei der Katowitzer A.-G. (Hubertushütte Katowitzer Aktiengesellschaft für Bau- und Eisenhüttenbetrieb in Katowice) Dokumente einholen, die ihm verweigert werden kann, wenn sein Gehalt noch nicht 200 Mk. beträgt, wenn er eine Polonie heiraten will und wenn die Chefs nicht als Beamtenkram anerkannt wird, und es sollen schon Fälle vorgekommen sein, wo Personen wegen Heirat entlassen wurden.

„Ist das nicht eine Sklaverei in alter Form, schreibt das genannte Blatt hierzu, ein Einriß in das freie Selbstbestimmungsrecht, in die heiligsten und künftigsten Gefüße, für die kein Mensch seinem Arbeitgeber Lehnenschaft schuldet? Aber wer schützt den Angestellten darin? Der Staat versagt hier völlig, denn er stellt sich ja auf den Boden der Fiktion, daß es sich um einen „freien Dienstvertrag“ handele, bei dem es ganz in das Beleben des Angestellten gerät sei, ob er ihn eingehen oder aufheben will. Darüber, daß der Angestellte bei Strafe des Hungerns oder Verhungerns gezwungen ist, sich in dies Verhältnis zu begeben, sieht sich der Staat leichter Herzen hinweg. Und er beharrt auch bei diesem bequemen Standpunkt, wenn er sieht, daß der von ihm so geschätzte Arbeitsvertrag zur völligen Verflüchtigung des schwächeren Teils führt. Will der Angestellte also aus dieser Lage heraus, so muß er sich selber helfen. Er muß sich organisieren und seine Organisation so kräftig zu erhalten suchen, daß sie jederzeit in stande ist, das Persönlichkeitrecht ihrer Mitglieder zu wahren.“

**Prostitution und Stellenbeschaffung.** Zu dem in der Freilagnummer mitgeteilten Bericht der „Augsburger Volkszeitung“, einem bekannten Organ der Partei für Wahrheit und Recht, wird noch geschrieben: Das Unfert läuft sich jetzt etwas. Dahin hat der Polizeidirektion München den Namen des Auftraggebers mit dessen Einverständnis mitgeteilt. Es ist ein Oberstleutnant z. V. Die Polizeidirektion fühlt sich aber nicht berechtigt, den Namen dieses Offiziers zu nennen. Zurzeit werden die auswärtigen Wohnen Leute vernommen, die auf das Insferat reagiert haben. Auf ihre Aussagen kommt es an, ob der Staatsanwalt Arbeit bekommt. Der Vermittler Hahn macht bis jetzt den Bericht, den Oberstleutnant zu decken. Er erklärt, für die Abfassung des Insferatentextes sei er allein verantwortlich. Der Oberstleutnant habe Darlehnsgebot und Stellenvermittlung auseinandergehalten. Ein solches Mandat ist allerdings sehr ditschichtig. Da es sich um einen Oberstleutnant handelt, scheint man die Untersuchung sehr sachte anzusehen.

**Vom Dachdecker zum Heldentenor.** In einem Dorfe bei Wiesbaden lebt ein im Anfang der 20er Jahre stehender Dachdeckerghilfe mit Namen Neu, dessen schöner und reiner Tenor schon mehrfach Musikvereinssängen ausgefallen war. Der Intendant des Wiesbadener Operntheaters machte den augenblicklich in Wiesbaden weilenden Berliner Generalintendanten Grafen von Hülsen-Hössler auf dem stimmbegabten Dachdecker aufmerksam. Graf v. Hülsen-Hössler äußerte den Wunsch, den jungen Mann singen zu hören, und war von der Probe so beeindruckt, daß er beschlossen hat, ihn auf Kosten der Generalintendantur weiter auszubilden zu lassen.

**Im Kampf mit einem Verbrecher.** In der Nacht zum Sonntag wurde der Gendarmeriewachtmeister Untof in Sinsheim ausgewählt, als er den Arbeiter Kowall in der Wohnung seines Bekannten verhaftet wollte, durch einen Schuß ins Herz getötet. Kommt ist der verdächtige Ver-

brecher, der am 16. März in Bismarckhütte den Nachtwächter Stachovski durch einen Schuß bei Überredung eines Einbrechers tötete und am 31. März in Bismarckhütte bei einer nächtlichen Raidaune den Schuhmann Gehlschmidt und vor drei Tagen in Goslar den Schlosser Kopach, als dieser ihn bei Ausübung eines Einbruchs ergriffen, tödlich verletzt hatte. Auf seine Ergreifung war vom Regierungspräsidenten von Oppeln eine Belohnung von tausend Mark ausgesetzt. Der erschossene Gendarmer ist 51 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe und neun Kinder. Bei der Verbrecherjagd waren mehrere Gendarmen und Kriminalschutzleute zur Stelle, der Täter ist jedoch entkommen. Gestern vormittag wurde er im Mohrberg von Gendarmen gestellt und nach mörderischem Kampfe erschossen. Sein Komplizen Walrus wurde schwer verletzt und verhaftet. Vier Polizisten wurden bei dem Kampfe teils schwer, teils leicht verletzt.

**Aber das Grubenunglück in Scranton in Pennsylvania wird noch gewendet:** Bisher wurden 62 Leichen aus der brennenden Grube ans Tageslicht befördert, unter den Toten befinden sich auch zwei Männer vom Bergungskorps. Die Ungelösten arbeiten in einem blinden Schacht. Als im Maschinenraum das Feuer ausbrach, blieb ihnen kein Ausweg zur Rettung. Der Feuerwärter erklärte, daß er nur mit knapper Kral entkommen ist.

**Schwerer Unfall.** Freitag abend 10 Uhr 40 Minuten überfuhr ein Sonnenzug 180 Bonn-Guselchen auf dem bewachten, mit einer Schranke versehenen Überweg der Provinzialstraße Guselchen-Bonn bei Guselchen einen mit zwei Pferden beladenen leeren Möbelwagen. Der Wagen wurde erheblich beschädigt, der Leiter des Fuhrwerks getötet und die Pferde verletzt. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Wagenwärter in der kurzen zwischen einem von Köln einfahrenden und dem Zug 180 liegenden Haufe von vier Minuten noch zwei Möbelwagen den Überweg befahren ließ und zu diesem Zweck die Schranke öffnete.

**Eine schwere Gruben-Explosion.** In den Kohlegruben in Littleton (Alabama) fand eine Explosion statt. Von 1900 Gräberlingen, die dort arbeiteten, wurden bisher 45 lebend und 5 als Leichen geborgen. Es besteht geringe Hoffnung, die noch eingeschlossenen, die bis auf dreißig Meter sind, zu retten. Das Unglück wird auf eine Kohlenstaubexplosion zurückgeführt.

### Theater und Musik.

**Neues Stadthaus.** „Othello“, große Oper in vier Akten von Verdi. In der vordersten Reihe der ersten Meister der Tonkunst würde Verdi auch dann stehen, wenn er etwa nur den „Troubadour“, „Traviata“, „Rigoletto“ oder „Aida“ geschrieben hätte. Ein unschöpflicher Born schöner Melodien quillt aus diesen Werken und ein musikalischer Reichtum ist darin aufgestapelt, wie man ihn selten wiederfindet. Doch Verdi schuf noch besseres, als es die genannten Opern darstellen; er schenkte der Welt erst im hohen Lebensalter – da andere sich längst ausruhen – „Othello“ und erreichte damit den Gipfel seiner Kunst. Wenn man Verdi vordem mit einem gewissen Recht zum Vorwurf machen sollte, daß seine Musik nicht immer frei sei von äußerlichen Effekten, so wirkt im „Othello“ die Musik von innen heraus; sie lädt die Mükke der menschlichen Seele mit wunderbarer Macht und Eindringlichkeit eindringen, die fesselt und bezwingt. Der Leistung unseres städtischen Theaters gebührt der wärmste Dank dafür, daß sie – wenn auch etwas spät – den „Othello“, der eigentlich geschickt nach dem Shakespeare'schen Drama bearbeitet ist, in den Zwielicht aufgenommen hat und am Sonnabend in wirklich vortrefflicher Weise zur Aufführung brachte. Die Partie des vor Eisernicht rasenden Mohren wurde von Herrn Penzolini vom Hamburger Stadthaus, der stimmlich in besserer Verfaßung war, mit echter Leidenschaft und warmem Empfinden wiedergegeben. Als Desdemona war Frau Bartoli von gewinnreichem Anmut im Spiel und Gesang; ihr heiteres Organ strömte berückenden Wohltaut aus. Nicht minder lob verdient Herr Langefeld für die charakteristische Wiedergabe des schwäbischen Fago. Auch die kleineren Partien waren durch Frau Klinger (Emilia) sowie den Herren Melzer (Grazio) und Haas (Rodrigo) sehr gut vertreten. Die schwierigen Chöre klangen frisch und gingen sicher. Für farbenreiche, stimmungsvolle Bühnenbilder sowie für ein einwandfreies Zusammenspiel hatte die Regie des Herrn Israël gesorgt, während Herr Kapellmeister Peiffer als sicherer und feinsinniger musikalischer Leiter unserer Oper seinen bisherigen Erfolgen einen neuen hinzufügte. Das begeisterte Publikum lohnte die Münze vor der Aufführung durch stürmischen Beifallsapplaus. Den Trägern der Hauptpartien wurden des weiteren Lorbeer und Blumenwenden in großer Zahl überreicht, sodass sich die Bühne am Schluss in einen dichten Garten verwandelte.

**Beizet „Carmen“** gelangte gestern mit der Dresdener Kammerlängerin Eva v. d. Osten in der Titelpartie zur Wiederholung, nachdem diese vordem von Frau Preuse-Magenauer gegeben war. Es wäre müßig, Vergleiche zu ziehen zwischen den Carmen-Aufführungen dieser zwei großen Künstlerinnen, die übrigens gar nicht weit auseinandergehen. Eva v. d. Osten's Carmen ist eine heizblättrige Zigeunerin von wildem, alles mit sich reißendem Temperament, die nicht nur den armen Jose sondern auch das Publikum in ihren Bann schlägt. Gelanglich und darstellertisch war die Künstlerin gleich bedeutend. Ihr stand in Herrn Penzolini ein Jose zur Seite, der die tragische Gestalt namentlich in schauspielerischer Hinsicht weit über das gewohnte Niveau holt. Dazu kamen als Micaela und des Herrn Langefeld (Camillo). Es ist somit kein Wunder, wenn der Beifall außerordentlich stark und anhaltend war. P.E.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Biehmarkt vom 8. April.**

**Auftrieb 1866 Schweine.** – Markt regte geräumt – überstand – Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tora und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tora: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tora 20 Pf., 56.– bis 57,00 (45.– bis 45,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240–260 Pfund, Tora 20 Pf., 55.– bis 55,50 (44,00 bis 44,50) Mt. Mittelware, von 200–240 Pf., Tora 22 Pf., 56.– bis 56,50 (43,50 bis 44,–) Mt. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tora 22 Pf., 55.– bis 56,– (43,00 bis 44,–) Mt. Geringe Ware, Tora 24 Pf., 50,00 bis 54,00 (39,00 bis 41,00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tora 20 Pf., 50.– bis 51,00 (40.– bis 41,00) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tora 22 Pf., 45,00 bis 49,00 (35,00 bis 38,00) Mt.

### Literarisches.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

**Arbeiter-Jugend.**, Nr. 7.

**Verantwortlicher Redakteur:** Johannes Stelling. **Verleger:** Th. Schwanth. **Druck:** Meyer & Co. **Günstig in Lübeck.**

Kohlmarkt  
Gebr. Barg  
Lübeck.

Tel. No.  
1739

Manufaktur- und Leinenwaren,  
Aussteuer-Artikel,  
Damen- und Kinder-Konfektion,  
Herrn- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von Margarine  
verlangt man ausdrücklich die  
erstklassigen Margarinemarken  
der Firma A. L. Kour  
Q. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.  
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft  
H. Sachs, Lübeck  
Schmiedest. 2

Arb.- u. Berufs-A.  
Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 81.  
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.  
F. Jürgens, Schwartauer Allee.  
Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.  
J. H. Fein, am Markt.  
Rudolph Karstadt, Entin.  
Johannes Hansen, Oldesloe.  
Hans Struve, Königstr. 89.  
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.  
Richard Wagner, Reinfeld.  
J. Ramm, Schlutup.  
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.  
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.  
P.W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.  
F. W. Heyde, Königstr. 38.  
Henry Müller, Blücherstr. 20.  
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1437.  
H. Rikit, Huxstr. 34. Lieferant.  
J. Runge, Moislinger Allee 6a.  
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.  
H. Biehelsen, Königstr. 111. Tomb.  
Schieß-, Schieß-, u. Kegelgew.

Bäckereien  
Paul Burmester, Lübeck, Lübb. 49.  
Dampfbäckerei, Hansa

J. C. D. Junge & Co.  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, grube 47.  
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.  
Wihl. Hüpp, grube 76.

H. Jurgens, Warendorps. 35.

Fleischhauerstr. 35.

Grobölkerei.

Wihl. Krahn, Fackenb. Allee 57a.

J. Eitelmann, Kond., Feinölkerei.

Heinr. Tamia, Wickedestr. 20.

Entin, Kieferstr. 32.

E. Beimold, weiß-Fehl., Grabbäckerei.

John. Gode, Fein- u. Weißbäckerei.

J. Neumann Fein-, Weiß-, Grob.

Joh. Elvers, Schütup.

Lübeckerstr. 46.

Ertelkaas. Ware. Reelle Bedienung.

Ad. Hinzelmann, Wiesoer.

str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.

B. Plath, Lübeckerstr. 3.

Herm. Steffen, Seeretz.

W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

Georg Behnck,

Lübeck, Warendorps. 4. T. 2186.

Central-Verdigungsanstalt

A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.

J. Soreburg, Paulstr. 16. Särge

in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn,

Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd.

Eigene Leichen- u. Transportwagen.

Lübeck, Schwarz. Allee 193.

J. Wihl. Lager fertiger Sarge.

H. Griebel, Entin, Weidestr. 14.

G. Wackenhorst, Fackenb.

H. Kopp, Reusefeld. Gr. Lager in

Holz- und Metallsärgen.

Besohnlalstalten

Lübeck, Schwarz. Allee 11.

H. Fasseh. Gr. Gröpelgrube 14.

H. Fasseh. Gr. Gröpelgrube 14.

Hans "J. Dettmann

Beckergrube 51.

W. Hinz, Schulmacherstr. 32.

Waredorps. 23.

J. Jüttner, Für... usen 7.

Joh. Pfeiffer, Kupit... seestred. 3.

Johannes Voß, Häxstr. 91.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umland, Lübeck, Breitestr. 81.

Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.

L. Dave, Große Burgstr. 32.

J. Jürgens, Schwarze Allee.

Alb. Meinecke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.

Richard Wagner, Reinfeld.

H. Koppel, Schlutup.

Brauereien

Trinkt -

Adler-Bier.

Alt-Bierbrauerei Lümi

Lübecker Bürgerbräu. Brauerei

Elbschloss, M. Hoffmann,

Hansstr. 75.

Kids Schlössli

H. A. Weiß, Untertrave 26.

Ferndstr. 124.

Lübecker Hansa

Bier

Frank

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück, Lübeck, in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle

H. Lück

Lebk. in Gebäuden

und Fassaden.

Lübecker Verbrau

Zur Walkmühle